

— Achtzehnter Jahrgang. —

Nr. 22.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 28. Mai bis 3. Juni 1909.

Posen, den 8. Juni 1909.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 122 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 30. Mai 1909:

**Aufruf des Hauptrats
des polnischen demokratischen Vereins.**

Seit einer Reihe von Jahren schon machte sich in demokratisch-volksparteilichen Kreisen die Notwendigkeit des Sichorganisierens fühlbar, um der politischen Aktion einen planmäßigen und steten Charakter zu verleihen.

Das Gefühl dieser Notwendigkeit wuchs in letzter Zeit von Jahr zu Jahr. Man begriff, daß gerade die demokratische Bewegung, die sich auf die breiten Volksmassen stützt, umso mehr ein Fassen in organisatorische Zucht erheischt, wenn sie sich nicht einer Zerstreuung und Verwirrung aussetzen will, welche jede wirksame Tätigkeit lähmt und in die Volksgemeinschaft den Keim der Zerfetzung trägt. Man begriff nicht minder, daß es durchaus gilt, mit den bisherigen Verhältnissen zu brechen, in denen auf die Lenkung des politischen Denkens und der politischen Aktion fast ausschließlich berufsmäßige Journalisten Einfluß haben, während andere bürgerliche Faktoren im politischen Leben zum Schaden für die Volksgemeinschaft eine übermäßig bescheidene Rolle spielen. Man begriff schließlich, daß schon die Vornahmagitation an sich, von deren Verlauf die Zusammenfassung unserer Abgeordnetenfraktionen abhängt, heischt, daß unserem politischen Leben nach Möglichkeit das Charaktermal der Zufälligkeit und Planlosigkeit genommen und in ihm eine größere Ordnung und Zweckmäßigkeit eingeführt werde.

Aus solchen Beweggründen entstand der polnische demokratische Verein mit dem Sitz in Posen, dessen Zweck die Verteidigung der nationalen Existenz, sowie die Arbeit an der Entwicklung des polnischen Elements im Deutschen Reiche ist, und zwar auf dem Grundsatz der nationalen Sonderstellung, sowie auf volksparteilicher Grundlage in demokratischem Geiste.

Das Programm des polnischen demokratischen Vereins zeichnet fürs Erste nur die Hauptgrundsätze und Aufgaben vor, der künftigen Lebenserfahrung das Herausarbeiten eines spezielleren Programms überlassend, welches den Überzeugungen aller sich um die Standarte des polnischen demokratischen Vereins gruppierenden Elemente entspricht.

Namentlich führt das Programm des polnischen demokratischen Vereins zunächst seine soziale Politik betreffend vor allem die Erwerbsangelegenheiten nicht weiter aus, es gibt sich vielmehr mit der allgemeinen Meinung zufrieden, daß, wenn ein Widerspruch der sozialen Bestrebungen der einzelnen Volkschichten besteht, man sich in erster Linie von dem Interesse des

Volkes leiten zu lassen hat. Aus dieser Meinung geht klar das Verhältnis des polnischen demokratischen Vereins zu den wirtschaftlichen Interessen sowohl des städtischen als auch des ländlichen Mittel- und des Arbeiterstandes hervor.

Wir machen übrigens in dem vorliegenden Aufruf keinerlei Versprechungen, die darauf berechnet wären, mittelst blinkender Phrasen in der Volksgemeinschaft Sympathie und Ansehen zu gewinnen. Möge die Volksgemeinschaft uns gemäß unseren realen Taten beurteilen. Diese Taten werden — das können wir heute schon feststellen — dreist nach der Richtung der Demokratisierung der Volksgemeinschaft hin sich bewegen, nach der Richtung der Weckung der Bürgerbewußtseins und der Selbständigmachung der Volksmassen hin; aber sie werden gesunde und ernste Bahnen gehen, welche, so Gott will, uns zu rechtlichaffenem sozialnationalen Fortschritt führen werden.

**Der Hauptrat
des polnischen demokratischen Vereins.**

Dr. Anton Chlapowski.	Stefan Chociszewski.
Bernhard von Chrzanowski.	Stan. Czajkowski.
Theod. Drachowski.	Anton Grzesinski.
Thomas Jachowski.	Dr. Raf. Karasiewicz.
Anton Karpinski.	Stan. Kochowicz.
Adalbert Korfaunth.	Raf. Krajna.
Dr. Theod. Kubacki.	Viktor Kulerski.
Dr. Wlad. Mieczkowski.	Graf Matth. Mielzynski.
Stan. v. Niegolewski.	Stan. Nowicki.
Cyryl Ratajcki.	Celestin Rydlewski.
Karl Rzepecki.	Wlad. Seyda.
Dr. Marian Seyda.	Dr. Ed. von Trzcinski.
Rechtsanwalt Wolny.	Joz. Wozniowdski.
Joz. Zablocki.	

Gleichzeitig teilt uns der Hauptrat mit, daß er aus seiner Mitte den nachstehenden Vorstand des Vereins gewählt hat:

Vorsitzender: Abgeordneter Bernhard von Chrzanowski.

Stellv. Vorsitzender: Stefan Chociszewski.

Schriftführer: Dr. Wlad. Mieczkowski.

Stellv. Schriftführer: Celestin Rydlewski.

Schatzmeister: Stanislaus Nowicki.

Programm.

A. Zweck.

Der Zweck des polnischen demokratischen Vereins ist die Vereinigung der demokratischen Elemente zur Verteidigung des völkischen Daseins und zur Arbeit an der Entwicklung des polnischen Elements im Deutschen Reiche nach dem Grundsatz der nationalen Absonderung

und auf der volksparteilichen Grundlage im demokratischen Geiste.

B. Grundsätze.

Aus der Bezeichnung des Zwecks ergibt sich der Charakter des polnischen demokratischen Vereins: der nationale und der demokratische Charakter.

I. Das nationale Prinzip.

Trotz fast hundertjähriger Bemühungen, welche auf unsere nationale Vernichtung hinielen, widerspricht allen Begründungen dieser Politik schon die Tatsache unseres Daseins. Trotz der politischen Teilung haben wir das Bewußtsein der nationalen Einheit, das Bewußtsein abgesonderter Interessen von den Interessen anderer Völker. Trotz der politischen Knechtschaft sind wir ein lebendiges Volk, welches nicht nur ein Recht auf Entwicklung hat, sondern auch die Fähigkeiten einer rechtmäßigen Entwicklung aus eigenen Kräften besitzt.

Auf die genannten Tatsachen stützt sich unser nationales Prinzip, welches besagt:

1. Bei jeder Tätigkeit ist die nationale Absonderung und Unabhängigkeit von fremden Einflüssen zu beachten.
2. Bei jeder Tätigkeit muß man sich von der Rücksicht auf das Wohl der ganzen polnischen Gesamtheit leiten lassen, ihm alle Partikularinteressen unterordnen.

II. Das demokratische Prinzip.

Trotz der feindlichen inneren Verhältnisse, die uns fortwährend empfindlichen Verlusten aussetzen, entwickeln wir uns und wachsen wir zu einer sozialen Macht heran. Die Ursache dieses sozialen Wachstums ist das wirtschaftliche, politische und kulturelle Emporkommen unserer breiten Volksmassen.

Auf diese Tatsache stützt sich unser demokratisches Prinzip, welches besagt:

1. Ein moralisch und physisch gesundes und aufgeklärtes Volk ist der dauerhafteste Grundstein unseres politischen Gleichgewichts und unseres nationalen Lebens.
2. Wenn ein Widerstreit der sozialen Interessen der einzelnen Volksschichten eintritt, hat man sich in erster Linie vom Volksinteresse leiten zu lassen.

C. Aufgaben.

Um seinen Zweck auf der Basis des sozialen und demokratischen Prinzips zu erreichen, bildet der polnische demokratische Verein in dieser Richtung die öffentliche Meinung aus. Ein Mittel dazu ist die politisch-erzieherische Arbeit und die politische Aktion.

I. Die politisch-erzieherische Arbeit.

In den Bereich der politisch-erzieherischen Arbeit gehören folgende Aufgaben:

- a) Bekämpfung der politischen Passivität und Gedankenlosigkeit und der politischen Oberflächlichkeit; Auftreten gegen die Verjüngung des politischen Lebens durch Verquickung des Privatlebens mit politischen Angelegenheiten.
- b) Weckung, Bildung und Vertiefung des politischen Sinnes.
- c) Das Wecken des bürgerlichen Pflichtgefühls, welches gebietet: sich an die öffentliche Arbeit zu machen und das Gefühl der Opferwilligkeit für öffentliche Zwecke zu stärken, das Bieten der Initiative für die breiten Massen nach dieser Richtung hin und das Voranleuchten mit dem besten Beispiel.

- d) Die Ausbildung des politischen Charakters, d. h. die Ausbildung einerseits des Muts, sich zu seinen Grundsätzen zu bekennen und diese Grundsätze öffentlich zu verteidigen, andererseits die Ausbildung der politischen Gewissenhaftigkeit oder des Gefühls der Verantwortung in öffentlichen Angelegenheiten, welches nicht gestattet, leichtsinnige, in ihren Wirkungen für die Volksgemeinschaft schädliche Schritte zu tun.

Die erzieherisch-politische Arbeit ist die Grundlage der politischen Aktion.

II. Die politische Aktion.

Der Schwerpunkt unserer politischen Aktion liegt nicht auf der parlamentarischen Arena, sondern in der Heimat.

1. Das Verhältnis zum preussischen System.

Auf Grund der Verfassung Preußens und des Reiches, auf welche der polnische demokratische Verein sich in seiner Tätigkeit stützt, steht uns ungeachtet immer schärferer Ausnahmegesetze noch eine Reihe bürgerlicher Gerechtsame zu, welche für uns gewisse Bedingungen für die Selbstverteidigung und sogar für die Entwicklung schaffen. Diese Bedingungen nützt unsere Volksgemeinschaft auf vielen Gebieten leider noch nicht hinlänglich aus: sie protestiert zwar energig gegen das Verkürzen unserer Gerechtsame, sie weiß aber nicht diejenigen verständig auszunutzen, die ihm trotz alledem zustehen.

Angeichts dessen erachtet der polnische demokratische Verein als die Grundlage der politischen Aktion unserer Volksgemeinschaft das allseitige und konsequente Ausnützen der durch die Verfassungen und die Gesetzgebung Preußens und des Reiches gewährleisteten bürgerlichen Rechte. Neben der verständigen Ausnützung der uns zustehenden bürgerlichen Rechte betrachtet der polnische demokratische Verein als seine Aufgabe die rücksichtslose Verteidigung dieser Gerechtsame in den staatlichen sowie in den Gemeindevertretungen, und das Unterstützen derjenigen Bestrebungen der deutschen Volksgemeinschaft, welche auf die Erweiterung des Gebiets der bürgerlichen Gerechtsame im fortschrittlichen Sinne abzielen.

2. Das Verhältnis zur deutschen Volksgemeinschaft.

Der nationale Kampf, der bei uns tobt, hat elementaren Charakter. Es handelt sich um unsere nationale Existenz. In diesem Kampfe um die nationale Existenz entscheidet die moralische und die materielle Kraft unseres eigenen gesellschaftlichen Organismus, dagegen tritt das Verhältnis unserer Volksgemeinschaft zu den einzelnen Bestandteilen der deutschen Volksgemeinschaft zurück. Dieses Verhältnis ist für den polnischen demokratischen Verein eine Frage ausschließlich der Taktik, welche von den sich ändernden Erfordernissen des laufenden Moments abhängig ist. Der polnische demokratische Verein ist ein standhafter Gegner von Bündnissen mit den deutschen Parteien und eines einseitigen Abhängigmachens unserer Politik von derjenigen irgend eines Bruchteiles der deutschen Volksgemeinschaft. Einzig eine sachverständig betriebene Politik der freien Hand kann unseren Interessen rationell dienen. Diese Anschauung hegt der polnische demokratische Verein bezüglich unseres Verhältnisses nicht nur zum sozialistischen und fortschrittlich-demokratischen Teile der deutschen Volksgemeinschaft, sondern auch gegenüber dem deutschkatholischen Element.

3. Das Verhältnis zu den übrigen polnischen politischen Lagern.

Indem wir unsere nationale Sonderstellung gegenüber dem deutschen Element ohne Rücksicht auf die in

ihm herrschenden Unterschiede der Parteiüberzeugungen kräftig hervorheben, sowie im Bewußtsein der von seiten des antipolnischen preußischen Systems uns drohenden Gefahr fühlt sich der polnische demokratische Verein um so stärker solidarisch mit dem Reste der eigenen Volksgemeinschaft, mit den übrigen polnischen Lagern und Gruppen.

Das Bestehen verschiedener Richtungen und Parteien im Schoße unserer Volksgemeinschaft ist eine nicht nur natürliche, sondern sogar notwendige Bedingung für die Entwicklung und den Fortschritt der Volksgemeinschaft, natürlich dann, wenn die Parteien nicht Selbstzweck, sondern einzig Werkzeuge im Dienste der Allgemeinheit sind. Das Wohl der Allgemeinheit, das Interesse der Nation muß der Zweck einer rechtschaffenen nationalen Partei sein.

Dieses nationale Interesse über alle Partei-, Standes- und Klasseninteressen stellend, erachtet es der polnische nationale Verein als seine nationale Pflicht, mit allen im Schoße der eigenen Volksgesamtheit bestehenden Lagern und Gruppen solidarisch zusammenzuwirken, welche den Grundsatz der nationalen Solidarität überall da anerkennen, wo wir uns als polnisches Kollektivwesen dem deutschen Element entgegenstellen. Wer eine so aufgefaßte nationale Solidarität nicht anerkennt, der steht nicht auf polnisch-nationalem Boden und tritt selbst außerhalb der Grenzen unseres nationalen Lebens und unserer nationalen Bestrebungen hinaus.

4. Das Verhältnis zur polnischen Geistlichkeit.

Die hervorragende Rolle, welche in unserer Volksgemeinschaft der geistliche Stand spielt, gebietet dem polnischen demokratischen Verein eine besonders deutliche Bestimmung seines Verhältnisses zur Geistlichkeit.

Der polnische demokratische Verein geht von der Voraussetzung aus, daß sowohl das nationale Interesse als auch das demokratische Prinzip heißen, daß das Verhältnis der Geistlichkeit zu der weltlichen Volksgemeinschaft sich auf die Grundlage der absoluten bürgerlichen Gleichberechtigung stützt. Darum ist der polnische demokratische Verein Gegner sowohl von Losungen, welche der Geistlichkeit das Recht auf aktive Teilnahme an den politischen oder sozialen Bestrebungen unserer Volksgemeinschaft absprechen, als auch nicht minder Gegner von Losungen, welche auf das politische oder soziale Übergewicht der Geistlichkeit als Stand abzielen.

5. Das Verhältnis zur römisch-katholischen Kirche.

Die polnische Volksgemeinschaft ist bei der lebendigen Tradition konfessioneller Toleranz in ihrer kulturellen Entwicklung mit der römisch-katholischen Kirche seit Jahrhunderten durch ein enges Band verknüpft. Das legt der Volksgemeinschaft die Pflicht auf, die Kirche gegen den Andrang der Regierung und des protestantischen deutschen Elements zu verteidigen, um so mehr, als mit den Protestantisierungsbestrebungen die Germanisierungspolitik gewöhnlich Hand in Hand geht.

Aber das Germanisierungssystem sucht auch aus dem Institut der römisch-katholischen Kirche ein Werkzeug seiner Entnationalisierungspolitik zu machen. Die Achtsamkeit des polnischen demokratischen Vereins ist auf die stete und energische Abwehr dieser Gelüste gerichtet ohne Rücksicht darauf, ob sie von seiten der preußischen Regierung oder von seiten derjenigen deutsch-katholischen Faktoren her drohen, welche uns feindlich gesinnt sind.

Als wichtiges Mittel der nationalen Verteidigung nach dieser Richtung hin erachtet der polnische demo-

kratische Verein das Wachen der öffentlichen Meinung darüber, daß das nationale Interesse unserer Volksgemeinschaft nicht leide infolge politischer Nachgiebigkeit der kirchlichen Behörden gegenüber Germanisierungstendenzen aller Art.

Statut.

§ 1.

Der Sitz des polnischen demokratischen Vereins ist die Stadt Posen.

§ 2.

Der Zweck des polnischen demokratischen Vereins ist die Vereinigung der demokratischen Elemente zur Verteidigung des völkischen Daseins und zur Arbeit an der Entwicklung des polnischen Elements im Deutschen Reiche auf dem Grundsätze der nationalen Absonderung im demokratischen Geiste.

§ 3.

An der Spitze des Vereins steht der Vorstand, welcher sich aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, dem Schriftführer, dessen Stellvertreter und dem Schatzmeister zusammensetzt.

Der Vorstand vertritt den Verein nach außen hin.

§ 4.

Der Vorstand wird alljährlich vom Haupttrat, der aus 27 Mitgliedern zusammengesetzt ist, nur aus dessen Mitte gewählt, und zwar in der Versammlung des Vereins. Die Amtsdauer des Vorstandes und des Haupttrats währt bis zur Wahl der Nachfolger.

In der alljährlichen ordentlichen Versammlung scheidet $\frac{1}{3}$ der Mitglieder des Haupttrats aus; in den ersten zwei Jahren entscheidet über die Reihenfolge das Los.

Im Falle des Austretens eines Mitgliedes im Laufe des Jahres hat der Haupttrat das Recht der Kooptation. Elf Mitglieder des Haupttrats sind beschlußfähig. Auf Wunsch des dritten Teils der Anwesenden müssen Zettelnwahlen stattfinden.

§ 5.

Mitglied des Vereins kann jeder Pole, der Bürger des Deutschen Reiches ist, werden, der mit dem Programm des Vereins einverstanden ist und

- a) sich offen zu den Grundsätzen bekennt, die im Programm des Vereins ausgedrückt sind,
- b) der tätigen Anteil am öffentlichen Leben nimmt und sich in seiner öffentlichen Arbeit nach den Grundsätzen des Vereins richtet,
- c) der sich in seiner politischen Tätigkeit nach den taktischen Weisungen der Hauptleitung des Vereins richtet. Ein Vereinsmitglied darf ohne Erlaubnis des Vorstandes keiner anderen parteipolitischen Organisation angehören.

§ 6.

Die Mitglieder werden vom Vorstande aufgenommen und vom Haupttrate auf Antrag des Vorstandes ausgeschlossen; Gründe der Entscheidung brauchen nicht angegeben zu werden.

Ausgeschlossen werden namentlich die Mitglieder, welche

- a) den im § 5 vorgesehenen Pflichten zuwider handeln und trotz der Aufforderung des Vorstandes ihr Verhalten nicht genügend aufklären,
- b) mit der Zahlung der Beiträge zwei Jahre lang im Rückstande sind und trotz schriftlicher Mahnung, die mit dem Ausschuß droht, ihre Schulden nicht abtragen.

Einem ausgeschlossenen Mitgliede steht das Recht der Berufung an die Versammlung des Vereins zu.

§ 7.

Die Anmeldung der Kandidatur muß schriftlich an den Vorstand eingereicht und von drei Vereinsmitgliedern mit unterzeichnet werden.

§ 8.

Eine ordentliche Versammlung des Vereins findet alljährlich einmal im letzten Vierteljahr des Kalenderjahres statt. Eine außerordentliche Versammlung kann vom Vorstande nach dessen Ermessen einberufen werden; sie muß jedoch vom Vorstande einberufen werden auf Wunsch des Hauptrates oder auf schriftlichen Antrag mindestens des fünften Teils der Mitglieder im Laufe des Monats.

§ 9.

Die schriftlichen Einladungen zur Versammlung müssen spätestens eine Woche vor der Versammlung abgesandt werden und die Tagesordnung enthalten.

§ 10.

Die Anträge der Mitglieder, welche zur Beratung gelangen sollen, müssen dem Vorstande spätestens drei Wochen vor der Versammlung eingeschickt werden. Die Generalversammlung kann die Dringlichkeit der Anträge, welche später eingegangen sind, anerkennen.

§ 11.

Alle Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit angenommen. Auf eben dieselbe Art finden die Wahlen statt. Bei Stimmengleichheit fällt der Antrag.

Zur Statutenänderung sind $\frac{2}{3}$ der Stimmen der anwesenden Mitglieder erforderlich.

§ 12.

Die Höhe des Beitrages bestimmt jedes Mitglied allein; der Beitrag muß jedoch mindestens 3 M. jährlich betragen.

§ 13.

Das Kalenderjahr ist auch das Rechnungsjahr.

§ 14.

Im Falle der Auflösung des Vereins verfügen über das Vermögen desselben die Mitglieder des letzten Hauptrats.

§ 15.

Ein ausgeschlossenes, austretendes oder gesetzlich entmündigtes Mitglied und dessen Erben haben kein Recht an das Vereinsvermögen.

Das Austreten, die Ausschließung, die Entmündigung und das Verfallen eines Mitgliedes in Konkurs hindern nicht das Weiterbestehen des Vereins.

Aus Nr. 119 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 27. Mai 1909:

Nach der konstituierenden Versammlung des polnischen demokratischen Vereins.

In der vorigen Nummer brachten wir die offizielle Mitteilung von der am Montag abgehaltenen konstituierenden Versammlung des polnischen demokratischen Vereins; heute wollen wir dieser Versammlung einige kritische Bemerkungen widmen.

Wir brauchen die Notwendigkeit des Sichorganisierens der demokratisch-volksparteilichen Elemente wohl kaum noch zu begründen. Wir haben s. Z. mehrfach davon geschrieben. Darum schreiten wir jetzt sogleich dazu, auf den Moment hinzuweisen, in welchem

der polnisch-demokratische Verein ins Leben gerufen wurde, was gleichzeitig ein charakteristisches Licht auf den Zweck des Vereins wirft.

Die Initiatoren des polnischen demokratischen Vereins haben mit vollem Bewußtsein den Moment einer verhältnismäßigen Stille in unserer Volksgemeinschaft, in keinem Falle den Moment der leidenschaftlichen Vorkwahlbewegung gewählt. In Zeiten, welche mit der Elektrizität parteipolitischer Leidenschaften und Streitigkeiten geladen sind, organisieren sich nur politische Parteien, deren ausschließliches Ziel es ist, um jeden Preis einen momentanen Wahlsieg davonzutragen. Die Lebenserfahrung lehrt, daß solche Parteien manchmal ungeachtet des davongetragenen augenblicklichen Sieges bald den Boden unter den Füßen verlieren, sobald die Periode der ausnahmsweisen politischen Spannung vorüber ist.

Der polnische demokratische Verein betrachtet die Wahlangelegenheiten zweifellos auch als einen der Hauptgegenstände seiner politischen Aufmerksamkeit, nicht jedoch als sein ausschließliches Ziel. Siege bei den Wahlen sollen die natürlichen Folgen eines tiefen Sich-Einwurzeln der Grundsätze eines gegebenen Vereins in der Volksgemeinschaft sein. Und diese Einwurzelung der Grundsätze soll sich vollziehen dank einer planmäßigen, beständigen, auf eine weitere Distanz berechneten Beeinflussung der Meinung der Volksgemeinschaft. Das heißt, seine organisatorischen Aufgaben ernst auffassen, und von dieser ernststen Voraussetzung geht offenbar auch der polnische demokratische Verein aus, da er sich — nicht unmittelbar vor einer Wahlkampagne — sondern, wie gesagt, in einem Moment verhältnismäßiger Ruhe in der Volksgemeinschaft organisiert hat.

Der polnische demokratische Verein muß, wenn er die Meinung der Volksgemeinschaft entsprechend beeinflussen will, um seine Standarte den geschlossenen Heerhaufen seiner erklärten Anhänger scharf, welche einmütig und planmäßig handeln. Darum bestimmt das Programm des Vereins als Zweck der Organisation „das Sichvereinigen der demokratischen Elemente zur Verteidigung der nationalen Existenz sowie zur Arbeit an der Entwicklung des polnischen Elements im Deutschen Reiche, und zwar auf dem Grundsatz der nationalen Sonderstellung, sowie auf der völksparteilichen Grundlage in demokratischem Geiste“.

Dieses „Sichvereinigen“ der demokratischen Elemente bezeichnet die Sache sehr treffend. Mehrfach haben wir schon hervorgehoben, daß im gegebenen Falle von einer völlig ebenmäßigen Partei in des Wortes strenger Bedeutung eigentlich nicht die Rede sein kann, sondern von einer Vereinigung von demokratischen Elementen mit immerhin verschiedenen Schattierungen — Schattierungen, die vielleicht weniger die Überzeugung als die politische Taktik betreffen.

Aus diesem Charakter des polnischen demokratischen Vereins als einer Vereinigung demokratischer Elemente von verschiedenen Schattierungen resultiert die gegenseitige Pflicht, welche die Vereinsmitglieder gegen einander haben, sowie vor allem die Aufgabe der Oberleitung des Hauptrats des Vereins. Diese gegenseitige Pflicht der Mitglieder und diese Aufgabe des Hauptrats wird sein die Aufrechterhaltung einer beständigen inneren Harmonie im Schoße des Vereins durch gegenseitige redliche Geneigtheit zu Zugeständnissen im Falle von Verschiedenheit der Meinungen und der politischen Temperamente. Das wird natürlich von dem politischen Verstande und von dem bürgerlichen Sinn der Leiter und Mitarbeiter der Organisation abhängen.

Was für Bürger die konstitutionelle Versammlung an das Steuer des polnischen demokratischen Vereins berufen hat, das wissen die Leser schon, und sie haben

zweifellos den moralischen und politischen Wert des Hauptrats bereits beurteilt. Hier möchten wir nur feststellen, daß in dem Hauptrat alle gesellschaftlichen Schichten ihre Vertreter haben mit der einzigen Ausnahme — der Geistlichkeit. Wir brauchen kaum auseinanderzusetzen, aus welchen Gründen dies geschehen ist, wir wollen nur soviel sagen, daß der polnische demokratische Verein völlige Freiheit der politischen Bewegung nach allen Seiten hin haben muß. Welches übrigens das Verhältnis des polnischen demokratischen Vereins zu der demokratischen Geistlichkeit ist, dafür ist der beste Beweis, daß man Vertreter dieser Geistlichkeit zu den vorbereitenden einleitenden Arbeiten berufen hat, daß eine zahlreiche Schar von Geistlichen zu der konstituierenden Versammlung einberufen worden ist und schließlich, daß der Meinungsaustausch in der konstituierenden Versammlung zwischen dem weltlichen und dem geistlichen Element ein überaus aufrichtiger und redlicher gewesen ist.

Mit diesen wenigen Bemerkungen schließen wir die heutigen Erwägungen, indem wir weitere Reflexionen auf den Moment verschieben, wenn das Programm veröffentlicht werden wird. Das wird wahrscheinlich dieser Tage geschehen.

Aus Nr. 120 des Gonic Wielkopolski (Posen)
vom 28. Mai 1909:

Die nationaldemokratische Idee und die volksparteiliche Idee.

Von einem aufrichtig volksparteilich gesinnten Geistlichen erhielten wir das nachstehende Schreiben:

I.

In Großpolen ist eine Partei auf „demokratischen und volksparteilichen“ Grundlagen entstanden. Alle wissen, daß diese Partei nichts anderes ist, als das großpolnische Bruchstück der national-demokratischen Partei. Angesichts dessen gilt es, zu erwägen, welchen Zusammenhang diese Organisation mit der bei uns populären volksparteilichen Idee hat.

Bekanntlich ist die nationaldemokratische Partei auf dem Grundsatz der Losung „Selbständigkeit der Nation“ entstanden. Als Mittel zu diesem Zwecke betrachtete sie die Stärkung der nationalen Kräfte durch das Zeigen der Faust nach rechts und links, durch das Abnötigen von Zugeständnissen von den Regierungen der Teilungsmächte. Die Partei zeichnete sich durch besonderen Haß nicht nur gegenüber der russischen Regierung, sondern auch gegenüber der russischen Volksgemeinschaft aus und sah es als eine offenbare Ungereimtheit an, zwischen beiden einen Unterschied zu machen.

Diesen unveröhnlichen Standpunkt gegenüber Rußland brachte die Partei vorzüglich in Einklang mit der Unterstützung des Dreibundes, also des Bundes mit Preußen in Österreich.

Die Nationaldemokraten verschafften somit dem Nationalismus, dem bei den Hasatisten geschöpften Chauvinismus Eingang in der polnischen Volksgemeinschaft. Soviel von der nationalen Seite der nationaldemokratischen Partei. Den Demokratismus aber beschrieben sie dahin, daß alle übrigen Interessen denen des Volkes untergeordnet werden sollten. Sie gingen in diesem Glauben in jenen Jahren (1897) sehr weit, indem sie von ihren Sympathien gegenüber den Sozialisten sogar davon schrieben, daß sie sich in Rußisch-Polen mit jenen nur in die Arbeit teilten, denn die Nationaldemokraten arbeiteten auf dem Lande, die Sozialdemokraten aber in der Stadt.

Wenn wir heute nach 10 Jahren auf die nationaldemokratische Partei sehen, so finden wir, daß sie sich in zwei sich bekämpfende Gruppen gespalten hat: die Rechte und die Linke. Die Linke zählt sehr wenig Mitglieder und verfügt fast über gar keinen Einfluß. Sie ist bei den ursprünglichen Grundsätzen „nationale Selbständigkeit und Demokratismus“ in der Auffassung der „Klassenausschließung“ geblieben. Die Masse der Partei hingegen, und zwar die ganze großpolnische Nationaldemokratie ohne Ausnahme, steht auf dem Boden der Rechten.

Die Rechte verzichtete zunächst auf die Selbstständigkeit, diese als ein außerhalb des Bereiches der Verwirklichung liegendes moralisches Postulat hinstellend; sie entsagte dem Haß gegen Rußland, wurde eine Anhängerin der slawischen Bewegung und faßte Abneigung gegen Preußen. In sozialer Hinsicht bekämpft sie die Sozialisten grimmig und von dem Volke schreibt sie außerhalb Großpolens überhaupt nicht. Einzig hinsichtlich des chauvinistischen Hasses gegen die Ruthenen, gegen die Litauer und gegen einen Teil der eigenen Volksgemeinschaft ist sie sich treu geblieben.

Aber das hindert sie keineswegs, unausgesetzt zu versichern, daß sie die gleichen Grundsätze habe wie früher, daß das nur geringfügige Änderungen seien. Also die Frage des Verhältnisses zu Rußland oder zu Preußen, — das sind Bagatellen, die Frage der Selbstständigkeit ist eine Bagatelle!

Was nun die Kirche betrifft, so scheint es, daß es sich der Nationaldemokratie um nichts anderes als darum handelt, den Einfluß der Geistlichkeit aufs Volk in ihrem Interesse auszunutzen. Als aber die Katholiken in Rußisch-Polen sich selbstständig zu organisieren begannen, da verhinderten die Nationaldemokraten das aus Konkurrenzgründen nach Kräften. Sie wollten die Kirche in ihre Herrschaft bekommen, darum entfalten sie eine „nationale Kontrolle“, — darum geben sie Rundschreiben gegen den katholischen Verband heraus usw.

Diese ganze völlige Änderung der Anschauungen und die gleichzeitige Versicherung, daß sie nichts änderten, hat nur eins zum Zweck: sich des Regiments über die Volksgemeinschaft zu bemächtigen.

Das unaufhörliche Ändern der Idee und der Programme führt zu der Überzeugung, daß der Nationaldemokratie in Wahrheit alle Programme und Ideen gleichgültig sind, daß es sich ihr nur um die Personen handelt.

Die praktische Aktion bestätigt diese Vermutung. Aus Großpolen (Posen) haben die Mehrheit der Mandate Aktionäre des Kurjer Poznański. Wir werden sehen, ob die neue Organisation nicht anfangen wird, überall ihre Leute hineinzuropfen. Die „Volksparteilichkeit“ der Partei aber tritt in dem Umstand zu Tage, daß man wahre Repräsentanten des Volkes unter den Häuptern der Partei nicht sieht. Der Parteistab setzt sich aus städtischer Intelligenz, d. i. aus Mitgliedern des sogenannten fortschrittlichen Adels, zusammen. So hörten wir in einer Versammlung rufen: „Wir wollen nicht den Schlachziz, v. Dziembowski, hoch lebe unser Graf Mielzynski!“

Mit einem Worte, die Partei, welche sich national und demokratisch nennt, ist in Wirklichkeit chauvinistisch und demagogisch.

Und jetzt wollen wir uns die praktische Tätigkeit der Nationaldemokratie ansehen. Im Königreich Polen hat die Vertreterschaft in der Duma es zur Herabminderung der Mandate um $\frac{2}{3}$ gebracht. Nationale Vorteile hat sie keine herausgeschlagen. Die Herren haben nichts getan, und was sie getan haben, war schlecht. In der Heimat aber endete die Aktion betreffend die Einführung der polnischen Sprache in den Gemeinden flüchtig, — der Schulstreik hat der Volksgemeinschaft

unberechenbaren Schaden zugefügt. In welchen Ungereimtheiten das national-demokratische Denken sich ergeht, beweist die Tatsache, daß die Jugend beschlossen hat, sich zu Studien nicht nach Rußland, sondern nach Preußen zu begeben. Ferner hat man den Schulverein geschlossen, den Sokol aufgelöst.

Daß die Nationaldemokraten bei uns nichts vollbracht haben, das ist ihnen so sehr schwerlich übel zu nehmen, denn es ist unmöglich, bei uns etwas zu machen der Regierung und der preußischen Volksgemeinschaft gegenüber.

In Galizien hat die Nationaldemokratie es zu einer Verschärfung des polnisch-ruthenischen Verhältnisses gebracht, — die nationaldemokratische Jugend beschloß, den Statthalter mit Eiern zu bewerfen. In Wien sinkt seit der Zeit der Präsidentsur Glombinski der Einfluß der Fraktion gewaltig, — gegenwärtig ist es fast zu einem polnisch-deutschen Bündnis gegen die Tschechen gekommen. Daheim führt man einen verhassten Kampf gegen die Volksparteiler, — und das Ziel ist? Wir wissen, durch welche Intrigen es zur Präsidentsur Glombinski und zur Ministerschaft Bilinski gekommen ist.

Aber wo ist da und wo ist hier die Volksparteilichkeit?

II.

Was ist die volksparteiliche Idee? Existiert eine solche? Von der volksparteilichen Idee sprechen wir nicht in dem Sinne der Unterordnung der Interessen der übrigen Volksschichten unter die Volksinteressen, nicht im Sinne des Klassenkampfes, nicht im sozialistischen Sinne. Auch die Organisation der galizischen Volksparteiler spricht nicht davon, sondern vielmehr: das Volk hat sich die ursprüngliche Frische bewahrt. Gegenwärtig, wo der Adel ausstirbt, hat das Volk die Aufgabe, die durch die Jahrhunderte der Geschichte und durch unsere Literatur ausgearbeitete nationale Kultur auf sich zu nehmen. Die grundsätzliche Idee Polens ist Freiheit und Liebe. Es verwirklicht sie im nationalen Leben nicht nur Polen, sondern das ganze Slaventum. Daher ist die Volksidee zugleich die slawische Idee. Die Gleichberechtigung der slawischen Nationen, die Gleichberechtigung der gesellschaftlichen Klassen in der Nation. Sie ist zugleich die christlich-katholische Idee: die Idee der Liebe, ausgedrückt in der Union von Lublin.

Aus dieser prinzipiellen Idee quillt das gesamte politische Programm hervor. Ein solches Programm verkörpern die galizischen Volksparteiler, aber wir werden hier uns nicht darüber auslassen. Die nationaldemokratische Ideologie ist Chauvinismus und preußischer Säkularismus, zu uns übertragen. Die Volksidee, das ist die polnische, die polnisch-katholische und die polnisch-slawische Idee.

Bei uns ist die Volksbewegung entstanden als Reflex des nationalen Bewußtseins gegen die Versöhnungspolitik traurigen Andenkens. Das Nationalbewußtsein hat nämlich deutlich gewußt, welche Gefahr alle Versuche der Ausöhnung mit der preußischen Regierung drohen. Energischer Widerstand hat zu dem erwünschten Ziele geführt.

Um die Entwicklung der Volksbewegung haben drei Männer nicht geringe Verdienste sich erworben: Szymanski, Napieralski und Rulerski. Die beiden noch lebenden sind keineswegs Anhänger der Nationaldemokratie. Der verstorbene Szymanski ist noch im Jahre 1900 scharf gegen letztere aufgetreten. Später hat er sich zwar mit ihr verbunden, aber nicht aus Beweggründen der Überzeugung.

Leider ist es bisher nicht gelungen, in dem Großherzogtum eine volksparteiliche Intelligenz in breiterem Umfange zu erziehen. Die seit zehn Jahren betriebene, in den Mitteln nicht wählerische nationaldemokratische

Propaganda unter der Jugend hat das ihre getan: die Nationaldemokraten haben sich der Herrschaft über die volksparteilichen Organisationen, über einen großen Teil der Volkspresse bemächtigt. Jetzt organisieren sie sich, wie dem Volke zum Hohn, auf volksparteilichen Grundlagen.

Unsere Konservativen sind sehr gute Menschen; aber zunächst haben sie einen verhängnisvollen Fehler begangen, indem sie nach der Ausöhnung mit der Regierung griffen, zweitens tun sie mit geringen Maßnahmen nichts.

Wie die nationaldemokratische Unversöhnlichkeit gegenüber den Preußen aussieht, ist nicht bekannt; wir wissen nur, daß der Nationaldemokrat Switala im Landtage den Antrag auf Änderung des Wahlgesetzes mit den Vorteilen begründet hat, welche die preußische Krone davon haben würde, und wie ein zweiter Nationaldemokrat, von Skarzynski, die polnisch-nationale Zukunft auf das österreichisch-preußische Bündnis, d. i. auf die Verewigung und Hebung der preußischen Macht aufbaut.

Die Volksidee stand von Anfang an in Opposition zur preußischen Regierung. Es liegt nichts daran, ob die Ausöhnung von Turno oder von Koscielski, von Switala oder von Skarzynski ausging. Die Ausöhnung ist in der oder jener Gestalt für uns verderbbringend, vor allem aber setzt sie das Volk unberechenbaren Verlusten aus.

Verlusten setzt die ganze nationaldemokratische Tätigkeit die Volksgemeinschaft und das Volk aus.

Vor allem aber haben die Nationaldemokraten nicht das Recht, sich hinter das Volk zu stecken, das von ihnen nichts wissen will, mit Ausnahme einiger weniger minder politischer Posener Köpfe. Gegen den Mißbrauch des erhabenen Namens des Volkes zu nationaldemokratischen Zwecken protestieren wir.

h.

Aus Nr. 114 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 23. Mai 1909:

Die katholische Kirche im Dienste des preußischen Systems.

(Eine kritische Betrachtung über die Entwicklung unserer Kirchenverhältnisse unter spezieller Berücksichtigung der Culmer Diözese.)

I.

Von gewichtiger Seite ist uns die nachstehende Abhandlung zugegangen:

Unsere Artikel über die beklagenswerten Verhältnisse in der Culmer Diözese haben die Herzen aller derer schmerzlich getroffen, denen die katholische Sache nicht gleichgültig ist.

Es sind das traurige, sehr traurige Begebenheiten!

Wer sich ein wenig eingehender mit der Geschichte dieser Diözese aus den letzten 120 Jahren und mit dem befaßt, was gegenwärtig geschieht, dem öffnen sich allmählich die Augen, der begreift es, weshalb die Statistik der Abtrünnigkeit in dieser Diözese ein für uns so erschreckend ungünstiges Resultat aufweist. Möge das Culmer Kapitel diese Statistik, die einen alljährlichen Fortschritt des Protestantismus gerade in dieser Diözese aufweist, nur fleißig studieren und möge es sich alsdann gewissenhaft fragen: woher die ungeheure alljährliche Abnahme der katholischen Seelen! O, daß es nur nicht zu spät rufen möchte: mea culpa!

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die katholische Sache in der Culmer Diözese rückwärts schreitet von der Zeit ab, wo der Sitz des Culmer Bischofs von Culm nach Pöplin verlegt wurde, von dem von der Natur so reich ausgestatteten rein katholischen Orte nach dem

schon damals halb protestantisierten Nests, das im letzten Winkel der Provinz liegt, wo die Welt mit Brettern vernagelt ist.

Schon der Name der Diözese selbst bestimmte den Ort des Bischofsitzes, und deshalb bleibt es für jeden vorurteilsfreien Menschen ein Rätsel, wie man diese uralte Bischofsresidenz in der Stadt aufheben konnte, für die alle Voraussetzungen sprachen. Es befanden sich damals in Culm vier katholische Kirchen (von denen erst später eine an die Protestanten abgetreten wurde), insbesondere neben der mächtigen Pfarrkirche das schöne Kloster der Barmherzigen Schwestern. Später wurde jenes berühmte Gymnasium gegründet, das so viele Generationen tüchtiger Bürger erzog, dann eine Realschule, eine große Kadettenanstalt (zwecks Germanisierens der Söhne des polnischen Adels), es wurde ein Kreisgericht, ein Landratsamt und eine Garnison eingerichtet.

Und es fand sich in dem damaligen Culmer Kapitel niemand, der gegen ein solches geradezu ungeheuerliches Projekt protestiert hätte! Der damalige Bischof — wenn ich nicht irre, war es Mathy — fühlte sich nicht, wie das die Kirche gebietet, in erster Reihe als Diener der Kirche, der zu jeder Zeit bereit ist, das Leben für seine Schäflein zu lassen, sondern er war, wie das auch jetzt zu geschehen pflegt, ein gehorsamer preussischer Beamter, und deshalb gab er mit größter Bereitwilligkeit der Regierung nach.

Auch ist es nicht zu verstehen, daß unser ländliches Bürgertum, das damals in Westpreußen noch so zahlreich war, eine so große Macht repräsentierte und stets die Rechte der Kirche verteidigte, nicht gegen das Kapitel auftrat und sich nicht nach Rom wandte, das auf Grund der keineswegs von katholischem Geiste durchwehten „berichte“ des Kapitels einen so großen Fehler beging.

Sehr wunderbar ist das alles, sehr wunderbar!

Niemand rührte sich, alle legten sie die Hände in den Schoß und setzten sich der Gnade dieses „hochwürdigen“, der Regierung ausgelieferten Kapitels aus. Niemandem fiel es ein, daß der Bischof, der in einer solchen Stadt wie Culm residiert, angesichts so vieler weltlichen Behörden seine Würde und sein Ansehen ganz anders repräsentieren, daß er die Fahne der Majestät unserer an so vielen Gebräuchen reichen Kirche viel erfolgreicher entfalten und auf diese Weise viel erlösender auf die Herzen und Seelen seiner Schäflein einwirken könnte, als es in diesem verlassenen Winkel geschehen kann, in dem jetzt der Bischof residiert und wo er nach außen hin keine bessere Rolle spielt als ein gewöhnlicher Dorfpfarrer und wo er in vielfacher Hinsicht durch eine so unliebsame Nachbarschaft kontrolliert wird. Wie es scheint, hat der damalige Herrscher, der alte Fritz, ganz Westpreußen so stark hypnotisiert, daß alle die Köpfe verloren haben. Und so ist denn dieser wahrhaft höllische Plan gelungen, man beging an unserer Kirche ein Verbrechen, für das unsere heutigen Geschlechter so schwer büßen müssen.

Hier ist die Quelle zu suchen, in der alles Böse, das später auf die Diözese fiel, seinen Anfang nahm. Möge Gott dem damaligen Bischofe, der aller Energie und jeglichen Charakters bar war, sowie den damaligen Domherren, die wie irrende Schafe den trügerischen Worten des betörten Bischofs folgten, dieses furchtbare Unrecht, das sie ihrer Diözese und unserer ganzen Kirche hier im Westen zugefügt haben, verzeihen.

Aber dieser Bischof ging noch weiter: als willfähiges Werkzeug der Regierung hob er in dieser damals rein polnischen Diözese die polnische Sprache als Unterrichtssprache nicht nur im Priesterseminar, sondern auch in der inneren Verwaltung des Kapitels auf, was zur Folge hatte, daß die polnische Sprache daselbst auch heute noch als fremde Sprache traktiert wird.

Bischof Mathy dachte in seiner Überloyalität nicht daran, daß es der Regierung, die zu einem solchen Mittel greift, sich nur darum handeln konnte, das Ansehen der Kirche zu schmälern und ferner deren Macht in der Diözese zu brechen. Dieser Bischof begann auf diese Weise eine Tradition, die eine ungeheuerliche Frucht zeitigte und die bis zum heutigen Tage auf dieser Diözese wie ein Alp lastet! Die Regierung legte ihre eiserne Faust auf diese Diözese und nahm sie nicht mehr fort, sondern drückte sie immer fester zusammen.

Und so gelang es ihr, als Nachfolger jenes berühmten Mathy ebensolche nachgiebigen Priester zu gewinnen, die nicht darauf achteten, daß mit der gewaltsamen Germanisierung dieser Diözese die rücksichtslose Protestantisierung gleichen Schritt hält.

Mit diesen Nachfolgern hatte es die Regierung insofern leichter, als die neugegründete Regierung in Danzig und das dortige Oberpräsidium sich von vorn herein das Ziel gesetzt hatten, mit dem Kapitel in Pöplin in ständiger Berührung zu bleiben und jegliche „unerwünschte“ Bewegung desselben zu paralysieren. Und das gelang auch vollständig, wozu nicht wenig die gegenseitigen Galadiner beitrugen, bei denen der Bischof und die Kanonici mit den hohen Beamten sich der Freundschaft versichern. Engere persönliche Beziehungen erleichtern — das ist eine einfache Sache — die amtlichen Geschäfte. Die Unzufriedenen beruhigt man auf folgende Weise: unsere Regierung ist für uns so rücksichtsvoll, daß sie uns sogar einen katholischen Regierungspräsidenten gab, ja sogar einen halben — Polen; man darf daher nicht reizen, sondern man muß nachgeben, denn es könnte sonst noch schlimmer werden.

Auf einen solchen Veim gehen jedoch nur schwache Charaktere, die jedweden tieferen katholischen Empfindens bar sind. Auf diese Weise wird das katholische Gewissen betäubt, man geht immer weiter — zum Vorteile der Protestantisierung.

Aus Nr. 115 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 25. Mai 1909:

Die katholische Kirche im Dienste des preussischen Systems.

II.

Es hat in dieser Diözese infolge der geradezu nicht-katholischen Wirtschaft sowie infolge Mangels an Disziplin unter den jüngeren Geistlichen und ihrer vorgesetzten Behörde und namentlich wegen Mangels an weitsichtigem Blick hinsichtlich der Bedürfnisse unserer Kirche geradezu zu ärgerniserregenden Verhältnissen geführt und zwar dazu:

1. daß ein katholischer Geistlicher, Sohn eines achtbaren polnischen Schuhmachers, der einen rein polnischen Namen trägt und als Leiter an eine Lehranstalt berufen ist, seine polnische Seele bis zu dem Grade verleugnete, daß er öffentlich die polnische Sprache mied und wenn er polnisch angeredet wurde, entweder keine Antwort gab, oder sich verstellte, als ob er nichts gehört hätte, oder deutsch antwortete. — Bei amtlichen Festlichkeiten erschien er im Frack (neben dem Pastor ohne Frack), nach der Pensionierung verkehrt er nur in erzloyalen Kreisen;

2. daß junge Geistliche, Vikare von rein polnischer Abstammung, bei den letzten Wahlen in Danzig und anderen Gegenden vor dem anwesenden Landrat so erschrafen, daß ihnen, wie die Deutschen sagen, das Herz in die Hosen fiel und daß infolgedessen, trotz der Ermahnungen der anwesenden geistlichen Brüder, sie ihre Stimmen nicht dem deutschen Zentrumsmann,

sondern einem deutschen Protestanten gaben, hier und dort sogar einem Juden;

3. daß in vielen Pfarochien, namentlich in den Kleinstädten, bei Beratungen des Kirchenvorstandes, ungeachtet dessen, daß die Mitglieder Polen sind und ein Teil derselben die deutsche Sprache nicht geläufig beherrscht, ausschließlich deutsch gesprochen wird. Denn es handelt sich dort in erster Reihe nicht um die sachliche Erledigung der Tagesordnung im katholischen Geiste, sondern vor allen Dingen darum, gegen das Gesetz der „Amtssprache“ nicht zu verstoßen und damit die weltliche Behörde etwa nicht von so einer Mloyalität erfahren sollte, für welche der Propst einen schwarzen Strich bekommen könnte;

4. daß die polnischen Präpste, welche ihre rein polnische Familie bei sich haben, gewissermaßen nur bei verschlossenen Türen polnisch sprechen, denn sobald mehrere polnische Geistliche in ihren Wohnungen erscheinen und unter ihnen sich nur ein deutscher befindet, der vielleicht auch gut polnisch sprechen kann, so wird doch ohne Ausnahme deutsch gesprochen, indem sie auf diese Weise die „Amtssprache“ in den Privathäusern einführen;

5. daß sich sogar Fälle ereignen, daß jüngere Geistliche von polnischem Blut und Bein, mit rein polnischen Namen, welche schon im Seminar den Amtsgeist eingeatmet haben, in Gesellschaft von nur polnischen Geistlichen allen Anwesenden in geradezu brutaler Art und Weise die Unterhaltung in deutscher Sprache aufdrängen;

6. daß die geistliche Behörde in rein polnischen Pfarochien deutsche Gesänge und Predigten einführt.

7. daß man die besten Propsteien an deutsche Geistliche vergibt und zwar an solche, die dem Polentum feindlich gesinnt sind, oder an polnische Abtrünnige, aber schlechtere Propsteien mit Geistlichen besetzt, die sich offen als Nationalpolen bekennen;

8. daß in polnische Gegenden deutsche Geistliche geschickt werden, die wenig der polnischen Sprache mächtig sind, aber in deutsche Gegenden polnische Geistliche, augenscheinlich um der Regierung den Prozeß der Germanisierung und hierdurch den der Protestantisierung zu erleichtern — wenn dies auch den Beschlüssen des Tridentiner Konzils widerspricht.

Aus all diesem ersieht man das mit voller Konsequenz durchgeführte Regierungssystem, welchem die geistliche Behörde nicht nur blindlings nachgibt, sondern dessen Intentionen sie sogar noch zuvorkommt. Noch ist es allerdings nicht dazu gekommen, daß wie es in Oberschlesien geschehen ist — ein Bischof trotz des Protestes des Ortspropstes angeordnet hätte, das heilige Sakrament aus der Kirche zu entfernen, damit der Pastor den protestantischen Patron in der katholischen Kirche trauen könnte, aber wir können auch dieses noch erleben; vielleicht kommt es sogar noch soweit, daß ein Rabbiner eine „koschere Trauung“ in einer unserer Kirchen vollziehen wird, denn alle größeren Städte im Osten sind vollständig verjudet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wenn wir so weiter die Hände falten und wenn die geistliche Behörde ihre passive Rolle nicht aufgeben wird, daß Westpreußen nach 100 Jahren gänzlich protestantisiert sein und in dem Bischofschloß in Pöplin ein Generalsuperintendent mit seinem Stabe residieren wird. Ein Beweis für diese Bemerkung ist die oben erwähnte Statistik, die in ihrem so abscheulich zunehmenden Anwachsen zu jenen mit lauter und mächtiger Stimme spricht, die die Gewalt in unserer Kirche in Händen haben und ihr Schicksal lenken. Besinnet Euch, denn ihr werdet vor Gott über Eure Arbeit Rechenschaft ablegen müssen und dann wehe Euch wegen des Verlustes so vieler polnischer Seelen. Es genügt auf die in den

Ostmarken im Laufe der letzten 25 Jahre erbauten mehr als 120 protestantischen Kirchen hinzuweisen, was nur mit einem für unsere Kirche nie wieder gut zu machenden Schaden geschehen ist.

Anderer Ansicht ist der Verfasser der in Ihrer Zeitung veröffentlichten Abhandlung „Politischer oder staatlicher Katholizismus“, der in unverständlichem Optimismus behauptet, daß alle Abtrünnigkeiten gegenüber dem ständigen Fortschreiten unserer Kirche nichts bedeuten. Weiß denn der geehrte Verfasser nichts von der unglücklichen Lage unserer Kirche in Frankreich, in Spanien und sogar in Italien, in diesen drei Ländern, die einst die treuesten Töchter der Kirche gewesen waren? Weiß der geehrte Verfasser nichts davon, daß man aus den Gemeindeschulen in Rom den Religionsunterricht ausgeschlossen hat? Sieht der geehrte Verfasser nicht, daß fast alle katholischen Staaten infolge des sich immer mehr verbreitenden Unglaubens und der Freimaurerei moralisch und materiell zu Grunde gehen? Was hilft angesichts dessen unserer Kirche, daß in England, Dänemark, Schweiz, Amerika, Australien, Japan und China die Zahl der Katholiken wächst? Welcher Vorteil erwächst hieraus unserer Kirche hier in unserem Osten, die hier so sehr bedroht ist? Keiner! Uns Katholiken, die wir hier in den Ostmarken leben, muß es vor allen Dingen darauf ankommen, unseren Besitzstand zu erhalten, und in dieser Hinsicht muß jeder, der nicht voreingenommen ist, zugeben, daß dieser Stand tatsächlich von Jahr zu Jahr zurückgeht!

Aus Nr. 116 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 26. Mai 1909:

Die katholische Kirche im Dienste des preussischen Systems.

III.

Es wird Mancher behaupten wollen, daß die kirchliche Behörde und ihre Vertreter eine durch die Regierung vorgeschriebene Bedingung und Pflichten angenommen und daß sie einen streng formulierten Eid geleistet haben, der sie auf Schritt und Tritt fesselt.

Es wird hier mit Widerwillen an den Augenblick erinnert, in welchem die Zeitungen der katholischen Welt den Schwur bekannt gemacht haben, welchen seinerzeit der Erzbischof v. Stablewski vor der Regierung abgelegt hat. In diesem Schwur befand sich eine sehr bedeutende Stelle, welche ohne jeglichen Vorbehalt hinsichtlich der Kirchengesetze ungefähr so klang: daß der Erzbischof nicht nur nicht gegen die Bestrebungen der Regierung handeln, sondern daß er diese unterstützen und das Deutschtum überall fördern (?) werde. Damals schon hat jeder, der nüchtern auf unsere Verhältnisse hier im Osten sah, vorhergesehen, daß ein Geistlicher, welcher nicht so viel moralische Kräfte besaß, um sich vor solchem Schwur zurückzuziehen, sich der Gnade und Ungnade der Regierung preisgegeben hat. Alle Vorurteilsfreien haben damals gleich ausgerufen: Sie haben ihn schon in ihrem Netz, entweder er unterwirft sich und waltet zum Schaden unserer Kirche, oder er geht den Dornenweg des Erzbischofs Damin.

Unsere Befürchtungen haben sich voll und ganz bestätigt. Welch eine allgemeine Freude herrschte damals, daß uns endlich ein polnischer Erzbischof zuerkannt wurde, welche große Zufriedenheit waltete und zwar unter unserer Aristokratie, welche sich in solchen Fällen in sachlicher Hinsicht mehr nach außen als nach innen richtet, — daß die durch den Erzbischof Dinder gebrochene Tradition zurückgekehrt war und daß den Erzbischofsstuhl ein Aristokrat besteigen sollte, — aber wie groß war unsere Enttäuschung!

Jener unglückselige Schwur war eine Quelle manchen falschen Schrittes des verstorbenen Erzbischofs v. Stablewski und insolgedessen entstand auch mancher Schaden für die Kirche. Er gab der Regierung immer mehr nach, bis zu dem Grade, daß schließlich die Geistlichkeit anfang laut zu murren. Im geistlichen Seminar wird die polnische Sprache als vortragende gänzlich verdrängt und es wird gelitten, daß die deutschen Kleriker nicht nur Unterstützung aus dem Reptilienfonds erhalten, sondern sie haben sogar straflos die Teilnahme an dem polnischen Unterricht abgelehnt, indem sie sich damit entschuldigen, daß sie dieses nicht gebrauchen. In Posen herrschen ebensolche Zustände wie in Pöplin.

Die Erzbischöfe Dunin und Przyluski hätten solche Kleriker ohne Pardon fortgejagt, — nur unsere jetzigen Bischöfe besitzen nicht so viel Mut.

Und so durch Gewissensbisse nach zwei Seiten zerrissen, welche seinerzeit das falsche Ehrgefühl betäubte, versiel der verstorbene Erzbischof v. Stablewski in eine schwere Krankheit. Aber auch diese hat die weltliche Behörde nicht von verschiedenen Zwangsversuchen gegen diesen armen Lazarus zu weiterer Nachgibigkeit abgehalten. Zum Schluß war ihm jedoch dieses zu viel: Als man beinahe vom Sterbenden verlangte, daß er anordnen sollte, daß von der Kanzel den Eltern gesagt werde, daß sie ihre Kinder von dem weiteren Schulstreik zurückhalten sollten, raffte er noch auf seinem Schmerzenslager die letzte Kraft zusammen und erklärte einem Regierungsvertreter in ärgerlichem, aber entschiedenem Tone: „Nein, das tue ich nicht. Ihr seid allein Schuld, daß es so weit gekommen ist. Jetzt seht allein zu, wie ihr aus der Situation herauskommt.“ Mehrere Tage später gab er seinen Geist auf. Hätte er noch länger gelebt, so hätte auch ihn das Los des Erzbischofs Dunin getroffen, welcher bei Nacht wegen des Erlassens eines den Protestantismus schädigenden Hirtenbriefes, der gegen die Mischehen gerichtet war, arretiert und in einer Festung untergebracht wurde, obgleich er den kirchlichen Vorschriften gemäß dazu befugt war. Wenn nun, wie angenommen werden muß, die Kulmer Bischöfe denselben Schwur (wie der verstorbene Erzbischof v. Stablewski) abgelegt haben, dann kann man sich nicht wundern, daß solche schwachen Charaktere, wie sie sich gezeigt haben, die Kirchengesetze gegenüber der Regierung nicht zu verteidigen verstehen und der Regierung in allen Sachen nachgeben. Dieses kann sie ganz und garnicht entschuldigen.

Es ist ja wahr, daß man den Schwur halten muß. Jeder Bischof müßte bei Ablegung eines solchen Eides auch daran denken, daß er auch seiner kirchlichen Behörde einen Schwur der Treue zur Kirche abgelegt hat. Wenn man nun solche neuen Pflichten in einer weitreichenden Form übernimmt, so müßte man vorher sein Gewissen streng erforschen, ob die neuen Pflichten mit dem geistlichen Schwur übereinstimmen und wenn man irgend welche Zweifel haben sollte, so müßte man den Schwur nicht anders als mit Vorbehalt der Kirchengesetze ablegen, einen bezüglichen Zusatz im Protokoll verlangen und wenn aber darauf keine Einigung erzielt wird, von einem solchen Schwur zurücktreten, für die Bischofswürde danken und der Stimme des falschen Ehrgefühls und der Eitelkeit nicht nachgeben. Sobald man auf den Schwur hineingefallen ist und sich erst nachher überzeugt, daß man schlecht gehandelt hat und zwischen Hammer und Ambos geraten ist, müßte man das Bischofsamt niederlegen und einem klügeren Kandidaten Platz machen, der sich der Wichtigkeit des geistlichen Schwures stets bewußt ist.

Aber angesichts der Verhältnisse, die heute in dem Pöpliner Kapitel herrschen, würde auch diese endgültige Verzichtleistung vielleicht nichts helfen, denn es würde

sich wohl kein Kandidat finden, welcher offen und mannhaft der weltlichen Behörde seine Stirn bieten wollte. Die Bischofswürde ist besonders für Leute niedriger Abstammung eine sehr verlockende Sache. Dafür wird über manches geschwiegen und auf alles geht man ein, um das Ehrgefühl zu befriedigen. Menschen sind überall Menschen, und feste Charaktere sind seltene Ausnahmen, hinsichtlich deren wir polnischen Katholiken leider kein Glück haben.

Aus Nr. 119 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 27. Mai 1909:

In der Reijener Angelegenheit schreibt der Goniec Wielkopolski folgendes:

Der Hintergrund der Reijener Angelegenheit ist heute schon bekannt. Wir wiederholen nur noch einmal die Informationen in dieser Sache zur Beurteilung für unsere Leser.

Im Prozesse des Grafen Potocki entschied das Reichsgericht, daß die Agnaten des Majorats ihre Rechte verloren hätten.

Heute noch kann jeder Agnat die Regierung um Anerkennung seiner Erbrechte verklagen. Wenn die Agnaten dies nicht getan haben, so erklärt sich das mit der Tatsache, daß die Hoffnung, Leipzig werde seine Auffassung ändern, so schwach war, daß man mit Recht die großen Kosten eines Prozesses scheute, der keine Aussichten auf Erfolg eröffnete.

Mit Rücksicht auf diese Sachlage beschlossen die Erben des Majorats Herrn Fürsten Sulkowski Reijen von einem anderen Gesichtspunkte aus zu retten.

Nach seinem Tode fällt Reijen laut Statut an die Edukationskommission des Königreichs Polen. Sollte diese Verschreibung heute keine Rechtskraft mehr besitzen, dann würde das Majorat erlöschen und Reijen an die Erben des letzten Majorats Herrn fallen.

Um zu diesem Resultat zu gelangen, müßte man die Regierung um die Anerkennung verklagen, daß sie kein Anrecht auf Reijen besitze, denn die Behörden und die zuständigen Gerichte erklärten, daß die preußische Regierung, vielmehr das Provinzial-Schulkollegium, der rechtliche Nachfolger der polnischen Edukationskommission seien. Solche Entscheidungen sind maßgebend und können nur durch ein Gerichtsurteil aufgehoben werden. Das Umstoßen einer Gerichtsentscheidung durch Urteil desselben Gerichts verursacht natürlich große Schwierigkeiten. Nur dann besteht eine wirkliche Chance des Erfolges, wenn man solch schlagendes und beweiskräftiges Material in den Händen hat, daß man darauf rechnen kann, daß das Gericht seine Meinung ändern werde. Die Angelegenheit war noch um so schwieriger, als die Interessenten bei Familienbeschlüssen mehrfach unvorsichtigerweise anerkannt haben, daß die Regierung der Erbe der Edukationskommission sei.

Eine Anzahl Juristen erklärte auf Grund des gesammelten Materials und der Gutachten bedeutender Rechtsgelehrten, daß die Führung eines Prozesses keine Aussichten auf Erfolg habe.

An diesen Arbeiten und an den Beschlüssen dieses Kreises von Juristen nahm der Rechtsanwalt Herr von Dziembowski im Charakter eines Beraters der Erben, und nicht das des Fürsten Sulkowski teil.

Nach diesem negativen Resultat der Beschlüsse der Juristen blieb den Interessenten nichts weiter übrig, als die Hände in den Schoß zu legen und zu sehen, wie die Regierung Reijen nahm (denn es ist schwierig Hunderttausende für einen aussichtslosen Prozeß zu verwenden) — oder mit der Regierung einen Vergleich anzustreben,

um irgendeine Summe zu retten zwecks Verwendung derselben zum Landankauf.

Man wählte den letzten Weg und nach vielen Bemühungen mehrerer Juristen kam mit der Regierung ein Vergleich zu stande des Inhalts, daß die Erben mehrere Millionen Mark erhalten, welche sie zum Ankauf von Ländereien im Großherzogtum zu verwenden versprachen, sobald sie die Gelder ausgezahlt erhalten, d. h. nach dem Tode des Majorats Herrn Fürsten von Sulkowski. An dieser Aktion nahm Herr Dr. Dziembowski keinen tätigen Anteil. Aus dieser kurzen Skizze geht hervor, daß es eine grobe Erfindung ist, zu behaupten, daß man der Regierung Reisen abgetreten, verkauft, überwiesen habe usw. — denn das Majorat geht im Sinne der Regierungsverfügung im Falle des Todes des Majorats Herrn auf das Provinzial-Schulkollegium über.

Es kann sich höchstens um den Vorwurf handeln, daß man es unterließ, den Rechtsweg zu betreten, oder mit anderen Worten einen Prozeß um die Wichtigkeitserklärung der Gerichtsurteile zu führen.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß jeder die Pflicht hat, seine Rechte gegenüber der Regierung zu suchen. Diese Verpflichtung lastet namentlich auf denen, welche durch diesen Prozeß ein Stück väterlicher Erde retten können. Aber diese Pflicht besteht nur dann, wenn gewissenhafte und angesehene Juristen anerkennen, daß der Prozeß gute Aussichten auf Erfolg hat. Ist dem nicht so, so ist es um das polnische Geld, welches unnötigerweise in die Gerichtskassen fließt, schade.

Nur dann wäre die Anhängung eines Prozesses, der sehr teuer wäre, eine Pflicht, wenn er zu gewinnen wäre.

Ein Urteil darüber, ob und welche Aussichten dieser Prozeß hatte, kann man sich erst nach langjährigem Studium und Untersuchungen bilden.

Die Arbeit haben sogar die Juristen der Fraktion nicht unternehmen können, um so weniger sind dazu die Redakteure berufen.

Die Sache ist im Grunde genommen ziemlich einfach, aber die Frage schon schwierig, ob unter den gegebenen Verhältnissen der Prozeß, den man unterließ, angezeigt gewesen wäre. Man sagt, daß, wo drei Juristen zusammenkommen, vier Rechtsanschauungen herrschen; es ist also möglich, daß sich ein Jurist findet, der da sagen wird, daß man den Prozeß hätte gewinnen können.

Aber in einer solchen Angelegenheit könnte erst eine Anzahl Juristen, die sich der Mühe spezieller Studien unterziehen würden, die Grundlage zu einer endgültigen Beurteilung abgeben.

Aus der obigen Darlegung der Angelegenheit, die eine Skizze der ganzen Aktion gibt, geht hervor, daß die bisherigen Stimmen der Presse direkt unsinnige Vorwürfe ohne einen Schatten einer realen Grundlage waren.

Aus Nr. 119 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 27. Mai 1909:

Ein Brief an die Redaktion.

P o s e n , den 25. Mai 1909.

Die geehrte Redaktion des Dziennik Poznański bitten wir um Aufnahme folgender Berichtigung:

In der Nummer 69 des Dziennik Berlinski vom 25. März d. J. erschien ein Artikel unter dem Titel „Welchen Zweck hat der Posener Bazar?“, der eine ganze Reihe von Behauptungen, die der Wahrheit widersprechen, enthielt. Wir bitten dieselben berichtigen zu wollen. Wir zitieren aus dem bewußten Artikel folgende Stellen:

„daß der Graf Miezislaus Kwilecki etwa 50 hervorragenden Posener Kaufleuten das Versprechen gab, daß der gegenwärtige Direktor des Bazar, Herr Pawlowski, zurücktreten werde“.

Graf Kwilecki gab kein Versprechen, sondern machte der Deputation, die sich bei ihm über Pawlowski beschwerte, die schriftliche Mitteilung, daß Pawlowski zurücktreten werde. Der Brief des Grafen Kwilecki wurde in Nummer 47 des Kurjer Poznański im Artikel „Der Posener Bazar“ veröffentlicht. Herr Pawlowski hatte damals selbst um die Befreiung vom Direktorposten gebeten, hat aber später sein Entlassungsgesuch zurückgezogen.

Wir lesen weiter:

„Anstatt den polnischen Handel zu unterstützen, ziehen die Aktionäre selbst den Nutzen aus ihm . . . Der Wert dieser Aktien ist heute um mehr als das zehnfache gestiegen, und ihre Eigentümer sorgen nur dafür, daß die Dividende in jedem Jahre so hoch wie nur irgend möglich wird.“

Angeichts dessen stellen wir fest, daß die Bazar-Aktionäre vom Jahre 1903 bis 1908 einschließlich keine Dividenden erhielten.

Wir lesen weiter:

Sogar der Verein für Unterrichtshilfe und der Verein der Freunde der Wissenschaften sind durch die Aktionäre des Bazar geschädigt worden. Die Aktien des Bazar, welche diese Vereine besaßen, haben die Aktionäre für den fabelhaft billigen Preis von 4500 M. angekauft! Es ist wahr, daß die genannten Vereine vor einigen zwanzig Jahren freiwillig der Bazar-genossenschaft 28 Aktien verkauften.

Ob sie dabei so sehr schlecht abgeschnitten haben angeichts der Tatsache, daß der Bazar in den letzten 6 Jahren keine Dividende ausgezahlt hat und vordem in den besten Zeiten 300 M. pro Aktie, ist sehr zu bezweifeln.

Wir lesen weiter:

„Der Gedanke Karl Marcinkowskis war, daß sich in dem Gebäude des Bazar zahlreiche Läden befinden sollten, die an polnische Kaufleute vermietet würden, damit diese zum Wohlstand gelangen könnten. Aber auch dieser Gedanke des großen Philantropen ist nicht in Erfüllung gegangen. Fragen wir einmal die Kaufleute im Bazar, was sie für die Geschäftsräume zahlen, und wir werden uns überzeugen, daß die Mietpreise für die Läden hinaufgeschraubt worden sind bis zur Unmöglichkeit.“

Der Vorschlag des Dziennik Berlinski, die Kaufleute, welche die Geschäftsräume des Bazar mieten, als Zeugen zu nehmen, daß die Miete eine zu hohe sei, ist beinahe eine Farce. Ist vielleicht der geehrten Redaktion ein Mieter bekannt, der die zu zahlende Miete als eine zu niedrige ansehen würde? Wollte der Bazar den Gedanken des Dr. Marcinkowski mißachten, so könnte er das mit einem nicht geringen Nutzen tun. Die Geschäftsräume des Bazar sind immer noch um 25 Prozent niedriger vermietet worden, als man von Fremden erreichen würde. Die Kaufleute des Bazar kamen nicht nur zu Zeiten Marcinkowskis zu Vermögen, heute kann man dasselbe beweisen.

Weiter lesen wir:

„Es kommt nun noch hinzu, worüber sich vor einem Jahre 50 der hervorragendsten polnischen Kaufleute beklagt haben, daß der gegenwärtige Direktor bei Einkäufen die Bazarkaufleute, von denen man sich einen so hohen Mietpreis zahlen läßt, absichtlich übergeht.“

Die Ethik des gegenwärtigen technischen Leiters des Bazar charakterisiert am besten die Tatsache, über die vor kurzem der Kurjer schrieb, daß er für etliche Tausend Mark Läufer und Teppiche von einem Juden gekauft hat.“

Der technische Direktor des Bazar kaufte für 1384,25 M. Teppiche beim Juden ein, deswegen, weil sie sofort notwendig waren und kein polnischer Kaufmann in Posen diese Sachen auf Lager hatte.

Was jedoch die vom Kurjer in Nummer 47 gegen den Bazar erhobenen Vorwürfe betrifft, daß letzterer die polnischen Kaufleute systematisch schneide, worauf sich der Dziennik Berlinski beruft, so hat der Aufsichtsrat diese Angelegenheit mit Hilfe einer eingehenden Bücherrevision erforscht. Es wurde festgestellt, daß man außer den erwähnten Teppichen von fremden Kaufleuten Waren in einem sehr beschränkten Maße kaufte und zwar sei es aus Notwendigkeit, sei es deswegen, daß die polnischen Kaufleute zu hohe Preise forderten.

Wenn schon die Rede von der kaufmännischen Ethik ist, so weisen wir auf die Korrespondenz hin, die die Nummer 71 des Kurjer Poznański brachte und von deren Verfasser zitiert wird, daß eine polnische Firma, welche mit 3 andern Firmen derselben Branche schriftlich mit Beschwerden darüber auftrat, daß die polnische Gesamtheit die Parole „Jeder zu den Seinen“ ignoriere und die Waren von einer fremden Firma beziehe und dadurch unsere Kaufleute schädige, für eine bestimmte Art eines gelieferten Artikels für das Gramm 45 Pfg. berechnete. Dem Besteller schien dieses zu teuer, er bezog deshalb von einer deutschen und französischen Firma je 10 Gramm derselben Ware und zahlte 25 Pfg. pro Gramm. Der Unterschied war bei einem Gramm 20 Pfg. und bei 3420 Gramm, die bei der Arbeit verwendet wurden 614 M. Er hat also im Einzelkauf pro Gramm 25 Pfg. bezahlt, und die polnische Firma, welche die Waren en gros bezieht, berechnete das Gramm zu 45 Pfg.

Bei derselben polnischen Firma zahlte man für eine gewisse Ware 2 M. für das Meter. Um sich zu überzeugen, bezog man von einer französischen Firma dieselbe Ware, das Meter zu 1,20 M.“

Soweit der Kurjerkorrespondent.

Ähnliche Erfahrungen machte leider auch der Posener Bazar und er kann mit Beispielen dienen. Wir wollen von dieser Angelegenheit nicht weiter schreiben, teilen aber die Meinung des Kurjerkorrespondenten vollständig, wenn er sagt, daß „die Gesamtheit für die Pflicht der Unterstützung der Landsleute Verständnis, aber auch das Recht hat, zu fordern, reell bedient zu werden.“

Weiter lesen wir in dem Artikel des Dziennik Berlinski:

„Bis vor kurzem noch zahlte der Bazar den bürgerlichen Vereinen eine jährliche Subvention von 1500 M. In diesem Jahre hat man auch diese letzte für öffentliche Zwecke geleistete Subvention zurückgezogen.“

Subventionen für öffentliche Zwecke zahlte der Bazar ständig auch in den Jahren aus, in welchen die Aktionäre keine Dividende erhielten.

So verfahren Aktionäre, die nach dem Dziennik Berlinski nur darauf achten, daß die Dividende jedes Jahr größer werde. Vielleicht ist dieses ein ausreichender Beweis, nicht eher zu urteilen, als bis man die Sache untersucht hat. Speziell in den Jahren von 1903—1908, in welchen, wir wiederholen es, die Aktionäre nicht einen roten Heller bekamen, zahlte der Bazar für soziale Zwecke zusammen 34 400 M. aus. Im laufenden Jahre, in dem sich die finanzielle Situation gebessert hat, bestimmte der Bazar für soziale Zwecke 9000 M.

Die schwere finanzielle Krise, die der Bazar im letzten Jahrzehnt durchmachte, wurde hauptsächlich dadurch hervorgerufen, daß der Vorgänger des Herrn Pawlowski für Waren und Arbeiten zu hohe Preise zahlte. Wenn Herr Pawlowski in dieser Hinsicht eine radikale Änderung herbeiführte und damit hauptsächlich zur Sanierung der finanziellen Situation des Bazar

beitrug, so gebührt ihm dafür der Dank der ganzen Gesamtheit.

Der Posener Bazar.

Aufsichtsrat: Ignaz Graf Mielzynski, Vorsitzender; Sigismund Graf Kurnatowski; Johann von Mysielski; Adolf von Poninski; Sigismund v. Chlapowski.

Aus Nr. 120 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 28. Mai 1909:

Grunwaldspende.

In die galizische Gesamtheit kam Bewegung. Man warf den Gedanken auf, die Tat folgte auf dem Fuße, und die Grunwaldspende wächst schnell. Die Landsleute des österreichischen Anteils bringen einen Fonds auf zur Verteidigung der bedrohten Grenzmarken!

Und wir? Der preußische Anteil besteht eigentlich nur aus „Grenzmarken“. Von Danzig bis Beuthen — auf der ganzen Fläche dieser polnischen Erde — tönt fortwährend die Parole „ausrotten“, und nur schwach sekundiert ihr unsere Strachparole: „Wache, Geist“!

Millionen sind gegen uns ins Feld geführt worden — nur mit derselben Waffe können wir antworten.

Aber nicht für polnische Schulen sind uns diese Fonds notwendig — weil uns „gleichberechtigten Bürgern“ des preußischen Staates nicht erlaubt ist, auf eigener Erde und für eigenes Geld polnische Schulen zu bauen. Wir müssen uns mit einem Surrogat zufriedengeben und unsere Jugend in preußische Schulen schicken.

Aber auch uns ist Bildung, ist Intelligenz notwendig.

Die Statistik zeigt, daß der Prozentsatz der polnischen Jugend auf Gymnasien und Universitäten in keinem Verhältnis zur Bevölkerungsziffer steht. Das hat zur Folge, daß die Kadres unserer Intelligenz überaus schwach sind. Die Konsequenz daraus: kleinerer Wohlstand und das Übergewicht des weniger zahlreichen deutsch-jüdischen Elements über das Polentum; in den polnischen Städten rein oder überwiegend deutsch-jüdische Stadtverordnetenversammlungen, eine verhältnismäßig kleine Zahl Abgeordneter im preußischen Landtag usw.

Aus unserm Volksstamm müßte möglichst bald ein mächtiger Stand der Intelligenz herauswachsen. Jedes in dieser Beziehung verlorene Jahr fügt der Volksache unbeschreibbaren Schaden zu.

Ich bin weit davon entfernt, einer Überproduktion der Intelligenz das Wort zu reden, ein Proletariat von Gebildeten zu schaffen. Nicht nur in den wissenschaftlichen Berufen ist uns viel Zuwachs erforderlich, sondern auch vor allen Dingen in den praktischen, im Kaufmannsstande. Wer von uns könnte nicht wenigstens ein Duzend in der überwiegenden Mehrzahl polnischer Städtchen aufzählen, wo die deutschen Kaufleute, überwiegend aber die Juden, gut gehende Geschäfte besitzen und in der Stadtverordnetenversammlung das große Wort führen? Von wem leben sie eigentlich? — nur vom polnischen Groschen! Und der polnische Kaufmann fehlt, oder wenn er da ist, kann er der Konkurrenz nicht gerecht werden aus Mangel an kaufmännischer Bildung.

In dieser Hinsicht macht sich eine Änderung zum besseren bemerkbar. Diese Umwälzung geht jedoch so langsam vonstatten, daß in einem halben Jahrhundert ein Unterschied kaum fühlbar wird. Man muß dieselbe notwendigerweise beschleunigen.

Dazu sind aber Gelder notwendig! Diese Gelder müssen zusammengebracht werden! Wenn die Fonds da sein werden, wird man den Verein für Unterrichtsbeihilfe stärken können, der mangels Geldes jährlich noch viele Unterstützungsgesuche nicht berücksichtigen kann; man wird auch die Vereine für Unterrichtsbeihilfe in Westpreußen und Schlesien, die bis jetzt sehr minimale Fonds besitzen, stärken können. Auch der neugegründete kaufmännische Verein „Bruderhilfe“, der das Studium auf Handelsschulen und vor allen Dingen die praktische Ausbildung in vorbildlichen Handelsinstituten erleichtern will, kann gestärkt werden. Das Arbeitsfeld ist also ein sehr großes — doch die Mittel fehlen.

Es naht die 500ste Wiederkehr des Tages der Schlacht bei Grunwald! Existiert ein würdigeres Mittel zur Ehrung dieses Gedenktages, als die Aufbringung einer riesigen Grunwaldspende für Kulturzwecke? Damals auf den Feldern von Grunwald besiegten wir den Feind mit dem Schwerte — werden wir auch heute demselben Gegner in dem uns aufgedrungenen unblutigen Kampfe gerecht!

Unsere einflußreichen Elemente und bezüglichen Institutionen müßten unverzüglich die Organisation von Komitees und das Sammeln von Spenden in die Hand nehmen, und die Gesamtheit möge mit großer Opferwilligkeit — denn es geht um eine große Sache — dazu beitragen, daß unsere Grunwaldspende so großartig, wie nur möglich, ausfalle!

Aus Nr. 120 des Postep (Posen)
vom 28. Mai 1909:

Korrespondenz aus Schroda.

In unserer Stadt, mit welcher auch der ganze Kreis gemeinsame Interessen besitzt, traten in letzter Zeit Veränderungen ein, welche, soweit man voraussehen kann, einen günstigen Einfluß auf das Zusammenleben der verschiedenen Schattierungen der Bürgerschaft auszuüben imstande sind.

Der Landrat Herr Dr. von Rose, der nach Bromberg versetzt worden ist, schaltete und waltete im ganzen Kreise. Er trug am meisten zur Umänderung der Namen verschiedener altpolnischer Dörfer bei und hat sogar die Straßenbenennungen der Stadt Schroda „kultiviert“. Er hielt es weiter für passend, emporstrebende Elemente durch übermäßige Steuerbelastung zu hemmen, ja sogar mit seinen eigenen Kapitalien das Deutschtum künstlich zu retten.

Die Regierung schickte an seine Stelle einen sehr jungen, erst 28 Jahre zählenden Menschen mit Namen von Spankeren. Dieser junge Herr hat gleich den Wunsch geäußert, die Bekanntschaft mit den Stadtverordneten zu machen. Diesem Wunsche zeigte sich der Stadtverordnetenvorsteher geneigt. In der Sitzung der Stadtverordneten, zu welcher künstlich 8 Deutsche und nur 4 Polen gehören, war — wie man sagt — der Empfang des neuen Landrats ein imponierender. Von unseren sozialen und politischen Verhältnissen nach dem letzten Wahlkampf könnte man so manches schreiben. Es sind viele Veränderungen eingetreten, aber alles geschieht so im Stillen, denn zur öffentlichen Kenntnis will man so etwas nicht bringen.

Ein Volksparteiler.

Aus Nr. 119 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 27. Mai 1909:

Warnung.

Seit einiger Zeit gehen in unserer Stadt Dunkel männer umher, welche Mütter anshorchen, ob ihre Kinder polnisch lernen und welche Damen ihnen polnische Lektionen erteilen. Diese Leute behaupten, sie seien aus dem Westen gekommen und würden selbst ihre Kinder gern in polnische Lektionen schicken; da sie aber die Verhältnisse nicht kennen, so wüßten sie nicht, an wen sie sich wenden sollten. Wir warnen vor solchen niemandem bekannten Leuten, — denn das sind zum Teil Spitzel, durch welche bereits einige unserer Damen polizeilicherseits Unannehmlichkeiten ausgejeht gewesen sind. Achtung also vor Spitzeln!

Dagegen machen wir auf die Vertrauensmänner des Strachvereins aufmerksam, die man vertrauensvoll in den polnischen Häusern aufnehmen soll, nachdem man zuerst von ihnen eine Legitimation mittelst des Quittungsbuchs des Strachvereins verlangt hat.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 123 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 2. Juni 1909:

Aus dem Lager der Posener Liberalen.

An der Spitze der Organisation der polnischen Liberalen unter dem Namen „Polnischer demokratischer Verein“ steht der liberale Edelmann Rechtsanwalt von Chrzanowski, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Kurjer Poznański und — ewig abwesender — Reichstagsabgeordneter.

Schriftführer ist ein zweiter liberaler Edelmann, der Rechtsanwalt Dr. von Mieczkowski, Aktionär des Kurjer Poznański. Stellvertretender Vorsitzender ist der Redakteur des Postemp, Stefan Chocijzewski, der bis zur Wahl des Abgeordneten von Chrzanowski einer der Hauptstörer der nationalen Solidarität in Posen, in der Fremde ein dauernder Gehilfe der Zentrumsparieiler im Kampfe gegen die politische Unabhängigkeit des polnischen Volkes war. Stellvertretender Schriftführer ist der Arzt Herr Cölestyn Rydlewski, Aktionär des Kurjer, und Schriftführer Herr Stanislaus Nowicki, früher Verwalter der Druckerei des Drendownik und verantwortlicher Redakteur des Kurjer, jetzt selbständiger Druckereibesitzer.

Alle wohnen in Posen. Es gibt also im Vorstand weder einen Landwirt, noch einen Geistlichen, noch einen Kaufmann, und das ganze Gewerbe wird nur von einem Drucker repräsentiert. Das wäre ja in Ordnung, wenn sich der Verein, sagen wir, die Verbreitung von Büchern, die Unterstützung von Gesangsvereinen, Turnvereinen usw. als Aufgabe gestellt hätte. Aber der Vorstand des „Polnischen demokratischen Vereins“ hat eine sehr ausgedehnte Gewalt und ist zur Leitung aller öffentlichen Angelegenheiten berufen. Jeder, der dem Verein beitrith, ob Redakteur oder Geistlicher, ob Landwirt, Gewerbetreibender oder Arbeiter, ist verpflichtet, in der politischen Tätigkeit dem Kommando des Vorstandes zu gehorchen, widrigenfalls er ohne Angabe von Gründen ausgeschlossen wird.

Das besagen die Satzungen in ganz klarer Weise.

Aus Nr. 122 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 30. Mai 1909:

Die Polen in Zoppot.

Langsam aber sicher siegt in der öffentlichen polnischen Meinung aller drei Anteile die gerechte Überzeugung, daß Zoppot ein polnischer Badeort ist, besonders da er auf ethnographisch rein polnischer Erde liegt. Es gehört sich also nicht, diesen Badeort zu schneiden, im Gegenteil, dafür zu sorgen, daß im Sommer dahin möglichst viele polnische Badegäste kommen, welche die dort wohnenden Polen unterstützen, zur Hebung und Entwicklung des Polentums dieser Ortschaft beitragen würden. Es ist doch zu bedenken, daß es hier nicht um eine künstliche Einimpfung des Polentums geht, sondern um Hebung desselben in einer Gegend, die echt polnisch ist. Zoppot liegt doch im Kreise Neustadt, welcher zu den am meisten polnischen in Westpreußen gehört. Dieser Kreis gehört zum Bereiche des Wahlkreises Putzig—Neustadt, welcher in Westpreußen für uns vielleicht der sicherste ist. Gegenwärtig vertritt diesen Wahlkreis der Abgeordnete Leo von Czarlinski.

Der in letzter Zeit so kräftig hervorgehobene Gedanke, die polnische Gesamtheit solle vor allen Dingen um ihre Grenzmarken sorgen, müßte jeden, der es irgend dazu hat, dazu anspornen, bei der Wahl von Seebadeorten in erster Linie Zoppot zu wählen. Es liegt in dem Teil der ehemaligen polnischen Republik, welche an das Meer grenzt; es ist also unser einziges „Fenster auf das Meer hinaus“.

In der Überzeugung, daß der Ruf zur Unterstützung Zoppots nicht ohne Wiederhall bleiben wird, bringen wir unten ein Verzeichnis der polnischen Pensionate, Kaufleute, Handwerker und Ärzte in Zoppot; wir hegen die Hoffnung, daß im nächsten Jahre, dank der Unterstützung Zoppots, das Verzeichnis reichhaltiger sein wird, und daß vor allen Dingen die Mängel werden beseitigt werden, an welchen es gegenwärtig leidet.

Wer dieses Jahr nach Zoppot reist, der möge sich das nachstehende Verzeichnis aufbewahren und in erster Linie diejenigen berücksichtigen, die in ihm aufgeführt sind.

Pensionate und Zimmervermieter.

Quo vadis, Chmielewski, Nordstraße 5;
Villa Sedan, Helene Gwyt, Bismarckstraße 18;
Villa Jda, Marie Pomierska, Parkstraße 12;
Villa Halina, Tomaszewski, Wilhelmstraße;
Villa Seemann, Grabka, Bismarckstraße 30;
Villa Lelwa, H. Piechowski, Bismarckstraße 15;
Leo Szulc, Südstraße 10;
Jatrzewski, Südstraße;
W. Klinska, Seestraße 36;
Kaufmann, Wilhelmstraße;
Lulkowska, Wilhelmstraße;
J. Szejepanski, Schulstraße 7;
Golowski, Eisenstraße;
Mierzwicki, Eisenstraße 29;
Kalinowska, Wilhelmstraße;
Wensierska, Villa Halina, Wilhelmstraße;
T. Berent, Hotel Reichsadler, Gartenstraße;
Sypniewska, Südstraße 9;
Prusjak, Eisenhardstraße 24;
Theophila Berent, Südstraße 16;
Belakowicz, Molkestraße 2;
Frau Professor Engling, Südstraße.

Kaufleute.

Buppel, Kurzwaren- und Konfektionsgeschäft,
Seestraße 1;
Arendt, Drogerie, Seestraße 63;
Kubasiak, Delikateessenhandlung, Seestraße 25;

Alexander Kalinowski, Delikateessenhandlung,
Wilhelmstraße;
Josef Breski, Delikateessenhandlung, Pommerstr. 21;
Franz Studzinski, Delikateessenhandlung,
Pommerstraße.

Handwerker.

Mimifowski, Schuhmacherwerkstatt, Bergstraße 18;
Majewski, Herrenschneider, Südstraße 9;
Borkowski, Schlosser, Taubenweg 1;
Beyrowski, Stelmacher, Pommerstraße 32;
Johann Nagel, Tischlerei, Pommerstraße 12;
Ein Friseur fehlt.

Ärzte.

Dr. Wenclewski, Seestraße 6;
Dr. Mejer (Kaiserhof) Seestraße;
Dr. Bujinski, Schulstraße 47;

außerdem sind im nahen Danzig mehrere polnische Spezialisten ansässig.

Aus Nr. 64 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 29. Mai 1909:

Zu dem bekannten Artikel im Westpreußischen Volksblatt über die Angriffe der polnischen Blätter schreibt die Gazeta Gdańska u. a.:

Nach unserer Meinung müßte in dieser Angelegenheit durchaus Herr Bischof Rosentreter das Wort ergreifen, da wir sonst annehmen müßten, daß er mit der Anschauung jenes Priesters im Volksblatt einverstanden ist, und damit würde er im Widerspruch mit seinem Vorgänger auf dem Bischofsthron, dem verstorbenen Bischof Redner, stehen.

Das muß durchaus deshalb verlangt werden, um schließlich den klaren Weg zu zeigen, den die deutschen Geistlichen gehen müssen, und um die Gewissensbeunruhigung bei der polnischen Geistlichkeit zu beseitigen. Andernfalls muß der Kampf, der gegenwärtig in den Spalten der polnischen und deutschen Blätter von den polnischen und deutschen Priestern untereinander geführt wird, einen derartigen Umfang annehmen, daß es dem Ansehen unserer hl. Kirche schaden kann.

Im Bielgrzym erteilt ein polnischer Priester den Rat, daß die polnische Geistlichkeit aus unserer Diözese irgend eine Sammelaktion unternehmen möchte. Nach unserer Meinung wäre es durchaus notwendig, gegen den preußischen Katholizismus zu protestieren, den ein deutscher Priester in diesem deutsch-katholischen Blatte verkündet. Wir sagen „preußischen Katholizismus“, denn es wäre geradezu ein unerhörtes Unrecht für uns Polen und für die hl. Kirche, wenn es sich herausstellen sollte, daß die bischöfliche Behörde auf demselben Standpunkte stehen sollte, wie jener deutsche Priester, der eine Verdeutschung der polnischen Kinder, gegen den Wunsch der Eltern, mit Hilfe des Vorbereitungsunterrichts für die hl. Sakramente als zulässig betrachtet. Dann wären die Tore unserer Gotteshäuser dem Deutschtum ganz geöffnet, und nichts würde die deutschen Priester mehr hindern, die schlimmste Verdeutschung zu treiben. Eine Sammelpetition der polnischen Geistlichen an den Herrn Bischof und gegebenenfalls an den hl. Stuhl ist nach unserer Ansicht nicht nur notwendig, sondern sie muß in aller nächster Zeit gemacht werden.

Nach unserer Meinung würde sich ein deutscher Priester zu einer so öffentlichen Unterstützung des Deutschtums nicht verstimmen haben, wenn er nicht wüßte, daß er Rückhalt hat. Vielleicht hat er das

jogar in der Annahme geschrieben, daß es der Herr Bischof nicht verurteilen wird; denn dann wird er im Namen der deutschen Geistlichkeit behaupten können, daß der Herr Bischof mit einer derartigen Verdeutschung der polnischen Schäflein und Kinder einverstanden ist.

Wenn doch auf Grund unserer Ausführungen die Überzeugung Platz greifen möchte, daß eine drohende deutsche Gefahr über uns schwebt.

Bisher hat sich noch kein Priester zum öffentlichen Lobe der weltlichen Kultur und zum öffentlichen Lobe der Verdeutschung der polnischen Kinder aufgeschwungen.

Dieses Lob für die amtliche preußische Politik seitens eines katholischen Priesters ist weiter nichts, als eine Erleichterung der germanisatorischen Amtsführung des Herrn Offizials Scharmer. Das, was der verstorbene Offizial ohne Lärm für das Deutschtum getan hat, das soll jetzt offen geschehen. Die deutschen Geistlichen sollen also öffentlich das Recht haben, die polnischen Kinder zu verdeutschern, sie sollen also die Vollmacht seitens der bischöflichen Behörde dazu haben.

Wir wiederholen noch einmal, daß die bischöfliche Behörde hierzu das Wort ergreifen müßte, ob sie mit der im „Volksblatt“ ausgesprochenen Ansicht des deutschen Priesters einverstanden ist. Und unsere polnische Geistlichkeit wird in diesem Falle unzweifelhaft irgend einen Protest erheben — im Namen der Vergangenheit nicht nur unserer polnischen Diözese, sondern auch unserer hl. Kirche.

Aus Nr. 65 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 1. Juni 1909:

Aus der Diözese

überschreibt sich ein längerer Artikel, der mit folgenden Worten schließt:

„Die polnisch-katholische Bevölkerung in unserer Diözese bewahrt Gott sei Dank treue Anhänglichkeit zur Kirche. Dagegen wird diese Anhänglichkeit untergraben durch die seelsorgerische Tätigkeit der „stummen“ Geistlichen, die ihr auf die Nerven fallen, und welche ihre nationale Würde verletzen, indem sie an ihr germanisatorische Experimente vornehmen. Ein solcher Geistlicher erniedrigt nach ihrer Auffassung die Heiligkeit des Ortes und der Zeremonien. Sie werben nicht für die Kirche, sondern stoßen von ihr ab, sie mildern nicht die nationalen Gegensätze, sondern verschärfen sie. Gegen derartige Seelsorger müssen wir protestieren.“

Aus Nr. 62 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 25. Mai 1909:

Die eigenen Kaufleute und Gewerbetreibenden

zu unterstützen ist Pflicht eines jeden Volksgenossen. Denn der bestiehlt seine eigene Nation, der den polnischen Groschen zu einem Fremden trägt. Dagegen ist es Pflicht eines jeden polnischen Kaufmannes und Gewerbetreibenden, seine Waren und Erzeugnisse in polnischen Blättern anzupreisen.

Es handelt sich darum, daß das polnische Volk weiß, wer ein polnischer Kaufmann ist und was für Waren er führt. Zahlreiche polnische Kaufleute und Gewerbetreibende sind infolge der Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit hinsichtlich der Anpreisung ihrer Waren in den Zeitungen schuld daran, daß noch Millionen und Abermillionen polnischen Geldes in fremde Taschen fließen. Deshalb muß man auch, soweit es erforderlich ist, alle belehren, daß sie ihre polnischen Groschen polnischen Kaufleuten und Ge-

werbetreibenden zukommen lassen, andererseits hat auch jeder wahre Volksgenosse die Pflicht, die polnischen Kaufleute und Gewerbetreibenden zu belehren, daß es durchaus erforderlich ist, daß sie ihre Waren und Erzeugnisse in polnischen Blättern anpreisen, und **sonders auch in einem so verbreiteten Blatte, wie es die Gazeta Grudziądzka ist.** Nur auf diese Weise kann das ganze polnische Volk erfahren, was und wo man bei einem Polen kaufen kann. Und auf diese Weise werden jährlich zahlreiche Millionen in den polnischen Taschen bleiben.

Sorget also dafür, liebe Brüder, daß alle Kaufleute und Gewerbetreibenden ihre Waren und Erzeugnisse in der Gazeta Grudziądzka anpreisen und unterstützt besonders diejenigen, die euch in dieser Beziehung Gehör schenken.

Wenigstens müßte sich jeder polnische Kaufmann und Gewerbetreibende darum bemühen, daß er in dem Verzeichnis der polnischen Kaufleute und Gewerbetreibenden vermerkt werde, denn das kostet jährlich nicht viel.

Dieses Verzeichnis veröffentlichen wir immer in der Dienstagsnummer. Schet also dieses Verzeichnis eifrig durch, liebe Brüder, und unterstützt eifrig diejenigen Kaufleute und Gewerbetreibenden, die gegenwärtig darin verzeichnet sind.

Aus Nr. 65 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 1. Juni 1909:

Briefen.

Die hiesigen Landsleute, die auf ökonomischem Gebiete recht gute Fortschritte machen, haben in patriotischer Beziehung ihre Schritte etwas verlangsamt. Von den fünf hier bestehenden Vereinen kann man nur drei zu den lebenden rechnen, während zwei von ihnen, und zwar der „Industrieverein“ und der „Sokolverein“ in den letzten Zügen liegen, und das mangels der Unterstützung seitens der Intelligenz.

Ja, unser Volksverein hat sich trotz des Maulkorbgesetzes am Leben erhalten, aber unsere Herren Kaufleute und Gewerbetreibenden halten sich von unseren Vereinen fern. O laßt uns besser werden, solange es an der Zeit ist und erfüllen wir die Pflichten, welche unsere Sache von uns fordert.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 19 der Wzajemna Pomoc (Beuthen D.-Schl.)
vom 21. Mai 1909:

Was haben uns unsere Delegierten aus Bochum mitgebracht?

Als die Arbeiter in der ganzen Welt ihre Rechte geltend zu machen angingen und die Arbeiterfrage immer mehr an Bedeutung gewann, fanden sich auch immer mehr solche Arbeiterfreunde, die den bedrückten Arbeiter gegen die Ausbeutung des unbarmherzigen Kapitalismus scheinbar verteidigen und ihm in seiner schwierigen Lage beistehen wollten. In letzter Zeit aber haben sich diese angeblichen Beschützer vermehrt, wie die Pilze nach einem Regen.

Die Arbeiterfrage ist heut die Achse geworden, um die sich die ganze Welt dreht.

Vom Minister bis zum verpönten Schuster oder entgleisten Akademiker, alles beschäftigt sich heut mit dem

Arbeiter und seinem Lohse; die Arbeiterfrage steht auf der Tagesordnung.

Minister und bekannte Parlamentarier entwerfen verschiedene Arbeiterschutzgesetze, Gelehrte schreiben Werke und Bücher über die Arbeiterfrage, andere wiederum geben verschiedene Berufs- und Arbeiterzeitungen heraus, Agitatoren verschiedenen Kalibers sprechen in Volks- und Arbeiterversammlungen, und dies alles angeblich deshalb, um diesen armen und geplagten „Proletariat“ vor der Ausbeutung des unbarmherzigen Kapitals zu schützen. Es scheint, daß heute der Arbeiter das glücklichste Wesen in der Welt ist, denn fast die ganze Welt befaßt sich mit ihm.

Auch bei uns in Oberschlesien haben sich in letzter Zeit diejenigen sehr vermehrt, die unserem polnischen Arbeiter in ihrem harten Lohse sozusagen helfen wollen. Organisationen verschiedener Richtungen suchen die Arbeiter mit allen Mitteln in ihr Lager hineinzuziehen, und dies alles selbstverständlich aus „aufrichtiger Liebe und Gewogenheit“ für unsere polnischen Arbeiter, in Wirklichkeit aber haben sie ihre versteckten Ziele, sie wollen unseren Arbeiter nur für ihre Parteizwecke gewinnen und ihn ausbeuten, wie der Kapitalist.

Im Wege steht ihnen indes der Verband gegenseitiger Hilfe, und darum richten sie auch ihre ersten durch Haß vergifteten Geschosse gegen ihn, um ihn zu schwächen und zu töten, um dann auf seinen Trümmern desto leichter ihr Ziel zu erreichen.

Um unsere Arbeiter vor der sie bedrohenden Gefahr und den Verband gegenseitiger Hilfe vor seinem Verfall zu bewahren, begann in unserer Volksgemeinschaft der Gedanke einer Verschmelzung aller polnischer Verbände, d. i. des Verbands gegenseitiger Hilfe, der polnischen Berufsvereinigung und des polnischen Berufsverbands, in eine einzige große Berufsorganisation zu feimen.

Die beiden anderen Verbände haben sich schon vorher verschmolzen, es handelte sich also noch um den Anschluß des Verbands gegenseitiger Hilfe. Diese Absicht war schließlich der Verwirklichung näher gerückt. Wie den Mitgliedern bekannt ist, wählten alle drei Verbände aus ihrer Mitte eine aus drei Personen bestehende Kommission, die den Entwurf der neuen Satzungen bearbeiten sollte, was auch geschah. Dann sollten anlässlich des Bergarbeiterkongresses die Delegierten, die von allen drei polnischen Verbänden zu diesem Kongresse entsendet worden waren, den Entwurf der neuen Satzungen eingehender prüfen und-besprechen. Schon damals berührte die Delegierten unseres Verbandes das Verhalten der Delegierten der polnischen Berufsvereinigung unangenehm, denn sie hielten nur ihre Anträge für gut, während sie den Anträgen der anderen Seite keine Berechtigung einräumen wollten. Herr Wiczorek erklärte schon damals, daß wir, wenn sie sich so weiter verhalten würden, gezwungen sein werden, alle weiteren Unterhandlungen abzubrechen.

Nach vorgenommenen Verbesserungen wurden die Entwürfe oder Satzungen in den Verbandsorganen veröffentlicht, und die einzelnen Verbände sollten Generalversammlungen einberufen, um die Entwürfe der Satzungen den Delegierten zur Beratung und Genehmigung vorzulegen.

Bekanntlich berief der Verband gegenseitiger Hilfe seine außerordentliche Generalversammlung auf den 28. März d. J. ein. Die neuen Satzungen wurden durchberaten und entsprechende Änderungen vorgenommen, worauf die Generalversammlung grundsätzlich in die Verschmelzung einwilligte.

Alsdann drückte die Generalversammlung den Wunsch aus, der Zentralvorstand und die Abteilung der Bergleute sollten ihren Sitz in Oberschlesien haben, wozu es als die Wiege der Industrie das billigste Recht

hat, und die Zentrale solle sich im Heimatlande und nicht in der Fremde befinden.

Der Vorsitzende der Generalversammlung Herr Wiczorek beging indes einen radikalen Fehler, denn er ließ die Beschlüsse der Generalversammlung nicht schriftlich aufzeichnen, und er ließ sie in der Generalversammlung weder vorlesen noch von ihr unterschreiben, wodurch die ganze Generalversammlung ihre Gültigkeit verlor.

Eine ebensolche Generalversammlung sollte auch die polnische Berufsvereinigung veranstalten, und diese sollte gleichfalls die Entwürfe der Satzungen durchberaten und über die Verschmelzung Beschluß fassen. Dann erst sollte eine gemeinsame Versammlung von Delegierten beider Verbände stattfinden, und jede Partei sollte ihre Bedingungen stellen, unter welchen die Verbände sich verschmelzen würden, den Zeitpunkt bestimmen, von welchem die neuen Satzungen verbindlich wären, ein Protokoll abfassen und dasselbe von den Delegierten aller drei Verbände unterzeichnen lassen. Das wäre rechtmäßig und ordnungsmäßig gewesen. Es geschah aber anders. Herr Wiczorek verständigte sich nämlich mit Herrn Sojnski, und diesem war offenbar — aus unbekannten Gründen — sehr an einer Beschleunigung gelegen; Herr Wiczorek brachte im Vorstand in Gegenwart von drei Vorstandsmitgliedern und zwei oder drei Mitgliedern des Aufsichtsrats einen Beschluß zustande, nach welchem sich zur Generalversammlung der polnischen Berufsvereinigung 15 Delegierte unseres Verbandes begeben sollten. Das war unseres Erachtens ein sehr unüberlegter Schritt, denn dies zog unserem Verbands bedeutende und unnötige Verluste zu.

Wenn nämlich die polnische Berufsvereinigung, die angeblich 45 000 Mitglieder zählt, zur Generalversammlung unseres Verbandes zwei Vertreter entsandt hatte, wozu entsandte da zum Teufel unser Verband, welcher der Zahl nach bei weitem schwächer ist, zu deren Versammlung sogar 15 Delegierte!?

Unsere Delegierten langweilten sich in Bochum fünf ganze Tage, vergeudeten unnötigerweise Zeit, Gesundheit und Geld und mußten zuhören, wie — gelinde ausgedrückt — die Mitglieder der Berufsvereinigung, Herr Sojnski mit den Herren Brejski, ihre persönlichen Abrechnungen erledigten, die sie allein unter sich hätten erledigen müssen.

Die polnische Berufsvereinigung hielt nämlich ihre Generalversammlung ab, darum entspann sich gleich am Anfange eine ziemlich lebhafte Diskussion, als einer der Delegierten der Berufsvereinigung verlangte, daß den Mitgliedern des Vorstands und Aufsichtsrats kein Stimmrecht zustehen solle.

Es entstand ein Streit, ob die Mitglieder der Vorstände und überhaupt unsere Delegierten ein Stimmrecht hätten oder nicht. Herr Nowicki aus Posen erklärte, daß die Satzungen der polnischen Berufsvereinigung in der Delegiertenversammlung nicht verbindlich seien, daß es Satzungen überhaupt nicht gebe, und daß solche erst beschlossen werden müßten.

Herr Wiczorek bemerkte gleichfalls, daß sich der Beuthener Verband der polnischen Berufsvereinigung noch nicht angeschlossen habe, sich vielmehr erst anschließen solle.

Mit Recht schrieb also der Wiarus Polski, daß in der Generalversammlung der polnischen Berufsvereinigung auch ihre Satzungen verbindlich seien, und die Außerachtlassung der Vorschriften dieser Satzungen mache die Beschlüsse ungültig.

In anbetracht dessen hatten unsere Delegierten kein Stimmrecht, und sie enthielten sich auch der Abstimmung.

Obgleich sich unsere Generalversammlung dafür erklärt hatte, daß der Sitz des Hauptvorstandes in Oberschlesien sein solle, so brachten die Delegierten der Berufsvereinigung durch ihr zahlenmäßiges Übergewicht den Zentralvorstand dennoch in Bochum, in weiter Fremde, fern von der Heimat unter. Auch die Abteilung der Bergleute wird in Bochum sein, unsere Bergleute werden also ganz von Bochum abhängen. Die Abteilung der Hüttenleute wurde nach Königshütte verlegt, die Abteilung der Handwerker und Bauarbeiter usw. dagegen nach Posen.

Nach einem früher abgeschlossenen Übereinkommen sollten dem Vorstand der Bergarbeiterabteilung drei Mitglieder der Berufsvereinigung und zwei des Beuthener Verbandes und umgekehrt dem Vorstand der Hüttenarbeiterabteilung drei Mitglieder des Beuthener Verbandes und zwei der Berufsvereinigung angehören. Indes wurden in den Vorstand der Bergarbeiterabteilung vier aus der Berufsvereinigung und einer aus dem Beuthener Verband, in den Vorstand der Hüttenabteilung zwei aus der Berufsvereinigung und drei aus dem Beuthener Verband, in den Vorstand der Handwerker- und Bauarbeiterabteilung aber, die ihren Sitz in Posen haben wird, alle aus Stadt und Provinz Posen gewählt. Selbstverständlich wurden alle besoldeten Stellen unter Mitglieder der Berufsvereinigung verteilt. Im Zentralvorstand haben zwei Mitglieder der Berufsvereinigung besoldete Stellen inne, eine dritte wurde Herrn Wiczorek übertragen. Da aber das Amt des Hauptkassierers einer so großen Organisation eine genaue Kenntnis der Buchführung verlangt und diese Stelle nur ein kundiger Buchhalter einnehmen kann, Herr Wiczorek aber von der Buchführung nicht die geringste Vorstellung hat, so wird Herr Wiczorek nach einer gewissen Zeit durch einen anderen ersetzt werden müssen.

Im Vorstand der Bergarbeiterabteilung wurden alle besoldeten Stellen unter Mitglieder der Berufsvereinigung verteilt, und damit sich die Mitglieder des Beuthener Verbandes nicht zurückgesetzt fühlen sollten, wurde Herr Szylar zum stellvertretenden Kassierer gemacht, es wurde ihm aber befohlen, nach Bochum überzusiedeln und sich Arbeit zu suchen. Zwei besoldete Stellen im Vorstand der Hüttenarbeiterabteilung wurden gleichfalls Mitgliedern der Berufsvereinigung übertragen, zum Kassierer wurde Herr Michalski gemacht, welcher im Beuthener Verbande das Amt eines besoldeten Schriftführers im Rechtsschutzbureau inne hatte, und damit das Kind nicht schreie, wurde zum stellvertretenden Kassierer Herr Piecha jr. gemacht, der bisher im Beuthener Verband die Stelle eines Bureaugehilfen eingenommen hatte. Herr Piecha wird sich selbstverständlich für ein solches Amt schon bedanken, da er, soweit uns bekannt ist, bereits eine besoldete Stelle in einer Bank hat. Um aber unseren Mitgliedern Großmut zu zeigen, wurde noch Herrn Karuga die unbesoldete Stelle eines stellvertretenden Vorsitzenden übertragen.

In den Vorstand der Handwerker- und Bauarbeiterabteilung wurden alle aus Posen und aus dem Posenschen gewählt. Außer den genannten Mitgliedern des Zentralvorstandes und der drei Abteilungen behält die Berufsvereinigung ihre bisherigen vier besoldeten Beamten: Reguiski, Piotrowski, Płazczyk und Grzejał. Selbstverständlich gehören diese Herren der Berufsvereinigung an.

Die Mehrheit des Aufsichtsrats setzt sich gleichfalls aus Mitgliedern der Berufsvereinigung zusammen, und was das heißt, brauchen wir wohl nicht zu erklären.

Was aber aus den Beamten des Verbandes gegenseitiger Hilfe werden wird, das hat Moses in seinen Büchern nicht niedergeschrieben.

Der Verband gegenseitiger Hilfe ist also aus jenen Unterhandlungen wie ein „Fräulein aus dem Tanz“ hervorgegangen.

Bei der Wahl der Vorstände sagte Herr Sojnski seinen Delegierten, sie sollten auf die Oberschlesier keine Rücksicht nehmen, sondern nach ihrem Willen abstimmen, denn auf welche Partei die Mehrheit der Stimmen fallen werde, dort würden auch die Sitze des Zentralvorstandes und der Abteilungsstände sein.

Sehen wir uns noch das Vermögen an, welches alle Verbände in die gemeinsame Verbandskasse hineinbringen sollen.

Die polnische Berufsvereinigung (Bochum), die angeblich 45 000 Mitglieder hat, 356 897,37 M.

Der Verband gegenseitiger Hilfe (Beuthen), der 5000 Mitglieder zählt, 111 569,69 M.

Der polnische Berufsverband (Posen), der soviel Mitglieder zählen soll wie der Beuthener Verband, 1 650,00 M.

Der Verband der Arbeiterinnen 665,36 M.

Demnach hat der polnische Berufsverband, der in die gemeinsame Kasse nur 1 650,00 M. hineingebracht hat, in seiner Abteilung alle Mitglieder aus seinem Verbande, darunter drei besoldete, während der Beuthener Verband, der 111 569,69 M. mitgebracht hat, im Zentralvorstand nur ein besoldetes Mitglied hat, denn Herrn Michalski, der bisher besoldeter Beamter des Verbandes war, kann man als besoldeten Beamten nicht ansehen.

Obgleich sich unsere Generalversammlung nur im Prinzip mit der Verschmelzung einverstanden erklärt, in Wirklichkeit sich aber noch nicht verschmolzen hatte, wie dies Herr Wiczorek selbst erklärte, so haben doch die Delegierten der polnischen Berufsvereinigung, die in ihrer Generalversammlung die Mehrheit bilden, schon angefangen nach Belieben zu schalten und zu walten und sich in das Fell des Bären zu teilen, der sich noch im Walde befindet. Selbstverständlich werden die Mitglieder des Beuthener Verbandes in ein solch russisches Regime nie einwilligen, und sie können nicht einwilligen.

Gegen diese seitens der Delegierten der Generalversammlung der polnischen Berufsvereinigung den Mitgliedern des Beuthener Verbandes zugefügte Kränkung und Schmach müssen die Mitglieder energig Einspruch erheben. Die Ortsvertretungen und Kassierer aber haben die Pflicht, bei dem Vorstand und Aufsichtsrat die möglichst baldige Einberufung einer Generalversammlung zu beantragen, um zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Die Generalversammlung muß den Vorsitzenden der letzten Generalversammlung, Herrn Wiczorek, zur Verantwortung ziehen, warum er in der letzten Generalversammlung über den Verlauf der Verhandlungen kein Protokoll habe aufnehmen, dieses Protokoll nicht habe verlesen und der Generalversammlung nicht zur Unterzeichnung vorlegen lassen? Da er dies unterlassen hat, ist die Generalversammlung ungültig.

Weiter ist bekannt, daß zwei Vorstandsmitglieder, die Herren Krolif und Mateja, schon vor mehr als einem halben Jahre aus dem Vorstand ausgetreten sind. Paragraph 18 unserer Satzungen besagt, daß im Falle des Todes, des Austritts oder Ausschlusses eines Vorstandsmitgliedes der Vorstand und Aufsichtsrat an dessen Stelle ein neues Mitglied bis zur nächsten Generalversammlung wählen soll. Warum tat dies der Vorstand nicht? Die Vorstandsmitglieder sind verpflichtet, die Generalversammlung darüber aufzuklären.

Die Generalversammlung sollte die drei Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats zur Verantwortung ziehen, weil sie beschloßen haben, zur Generalversammlung der polnischen Berufsvereinigung 15 Delegierte zu entsenden, ohne dazu berechtigt zu sein.

Die Generalversammlung sollte den Vorsitzenden der letzten Generalversammlung zur Verantwortung ziehen, weil er die Tagesordnung dieser Generalversammlung geändert hat. Unter Punkt zwei der Tagesordnung war nämlich die Erziehung zweier Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats vorgesehen. Warum wurde davon Abstand genommen und gegen die Vorschriften der Satzungen gehandelt? Schließt doch nach den Satzungen das Rechnungsjahr des Beuthener Verbands am 31. Dezember 1909 ab. Bis zu dieser Zeit sind daher für unseren Verband die bisherigen Satzungen verbindlich, und wenn auch unsere Generalversammlung tatsächlich einen endgültigen Beschluß hinsichtlich der Verschmelzung gefaßt hätte — was indes nicht erfolgt ist — so hätte dies trotzdem erst am 1. Januar 1910 eintreten können. Weiß dies Herr Wiczorek als stellvertretender Vorsitzender nicht? Mit welchem Recht kommt er dazu, zusammen mit den Delegierten der Generalversammlung der Berufsvereinigung zu beschließen, daß schon vom 1. Oktober d. J. ab die neuen Satzungen der die Verschmelzung anstrebenden Verbände auch für unseren Verband verbindlich sein sollen? Wer hat ihn hierzu ermächtigt? Warum wurde also der Vorstand und Aufsichtsrat nicht ergänzt?

Die Generalversammlung ziehe den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Wiczorek zur Verantwortung, weil er mit seinen Delegierten aus Bochum nicht sofort abgereist ist, als er sah, wie geringschätzig die Delegierten der polnischen Berufsvereinigung unsere Delegierten behandelt und wie unehrlich sie sich uns gegenüber verhalten haben.

Hat doch Herr Rymer unseren Delegierten, als sie verlangten, daß der Zentralvorstand in Oberschlesien sein solle, ironisch erklärt: „Wenn ihr uns wenigstens gebeten hättet, so hätten wir euch den Zentralvorstand gegeben!“

Wir haben doch aber nicht die geringste Ursache, von den Mitgliedern der polnischen Berufsvereinigung irgend eine Gnade zu erbitten! Hätten wir es doch gar nicht so eilig, daß die Verschmelzung so plötzlich erfolge, wir drängten dazu absolut nicht.

Als unsere Delegierten in der Generalversammlung der Berufsvereinigung sprechen wollten, wurde ihnen das Wort abgeschnitten, und wenn einer von den unserigen zum Worte kam, so wurde er einfach niedergeschrien.

Die Herren von der Berufsvereinigung waren uns gegenüber sehr vorsichtig, denn sie mißtrauten, daß unser Verband wirklich ein solches Kapital besitze, wie unser Vorstand angegeben hat, und ließen sich unsere Depositenbücher vorlegen! Es scheint, daß es ihnen auf dieses Kapital am meisten ankam, denn, als von unserer Seite verlangt wurde, daß das Barvermögen bei uns verbleiben solle, erklärte Herr Sosinski ironisch, daß sie uns das Bargeld belassen würden, nur müßten wir ihnen die Depositenbücher abgeben. Glaubt denn Herr Sosinski, wir seien wirklich solche Idioten, daß wir nicht wüßten, daß, wer sich im Besitz der Depositenbücher befindet, auch Eigentümer des Geldes ist, da die Bank nur demjenigen Geld auszahlt, der das Depositenbuch vorlegt?

ließ sich denn der Vorstand unseres Verbandes ebenfalls die Kassenbücher und den Vermögensbestand der Berufsvereinigung vorlegen, und hat er sie geprüft?

Haben unsere Delegierten untersucht, wie es sich mit jener Druckerei verhält, die angeblich irgend ein Wohltäter der Berufsvereinigung geschenkt hat? Hat unser Vorstand geprüft, wie es mit der Herausgabe des politischen Blattes Zgoda durch die Berufsvereinigung steht? Wenn er dies nicht getan, wozu hat er sich da eigentlich nach Bochum begeben?

Der Wiarus Polski schreibt in einem in Nr. 111 vom 16. Mai „Wer hat sich befreit?“ überschriebenen

Artikel u. a., daß Herr Sosinski als Bundesgenossen und Berater Herrn Michael Rwiatkowski, einen früheren Redakteur des Wiarus habe, dessen Einflüssen der Vorsitzende der polnischen Berufsvereinigung seit längerer Zeit unterliege, er werde sich von diesen Einflüssen nicht leicht befreien und diese Einflüsse währten bis heute in erhöhtem Maße fort!

Es scheint also, daß Herr Sosinski wirklich nicht auf eigenen Füßen stehen kann und der Hampelmann mittelbarer Personen ist.

In anbetracht dieser Sachlage müssen wir es uns sehr überlegen, ob wir das Vermögen unseres Verbandes Leuten anvertrauen können, die so grobe Fehler begehen, Leuten, die wir näher sehr wenig kennen?

Man muß in Erwägung ziehen, ob übrigens solche Leute geeignet sind, an der Spitze einer so wichtigen Institution zu stehen, wie die zukünftige Vereinigung sein soll, und ob diese Leute die nötigen Fähigkeiten besitzen, eine so wichtige Institution zu leiten? Als Grund für diese Fragen wollen wir folgende Angelegenheit anführen:

Auf dem Bergarbeiterkongreß in Berlin wurde beschlossen, daß die auf diesem Kongreß vertretenen Verbände dem preußischen Landtag eine gemeinsame Petition übersenden sollten. In dieser Petition wurde gefordert, daß zu Knappschaftsältesten nur solche tätigen und krüppeligen Mitglieder gewählt werden sollten, die deutsch lesen und schreiben können.

Und ein solches Absurdum haben auch die Vertreter unserer Organisation, Sosinski und Wiczorek, unterschrieben. Die Sozialdemokraten haben die Petition verfaßt und von den Vertretern unserer Verbände unterschreiben lassen, die auch ihre Unterschriften daruntersetzten, ohne die Petition gelesen zu haben; man könnte nämlich nicht annehmen, daß sie wirklich so etwas getan hätten! Das sind Tatsachen, die uns viel zu denken geben.

Wir müssen weiter erwägen, ob wir aus der Verschmelzung wirklich so bedeutende Vorteile ziehen werden, wie wir uns versprechen? Bedenken wir nur, daß die Mitglieder des Posener Verbandes überwiegend Handwerker und Bauarbeiter sind, diese arbeiten auch in kleineren Partien bei den einzelnen Unternehmen. Es kommen also häufig Lohnstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vor. Gesezt den Fall, daß ein Bauunternehmer die Arbeiter ausbeutet, so streifen die Arbeiter und verlangen vom Verband Unterstützung, der Verband muß also eine Unterstützung gewähren, und da nach dem Entwurf der Satzungen die Verbandskasse gemeinsam ist, so werden aus ihr den größten Nutzen die Bauarbeiter und Handwerker ziehen.

Im vorigen Jahre z. B. mußte die Berufsvereinigung für den polnischen Berufsverband (Posen) Geld zulegen. Was werden aber wir davon haben?

Es ist ferner darauf zu achten, welche Vorteile unsere Bergleute von der Verschmelzung haben werden, wenn der ganze Vorstand in Bochum sein wird und unsere Bergleute im Vorstände auch nicht einen einzigen Vertreter haben? Herr Szlyer denkt nämlich gar nicht daran, den schönen Augen der Herren von der Berufsvereinigung zu Liebe nach Bochum überzusiedeln.

Das alles sind Dinge, die man noch gründlich überlegen muß, wenn die Verschmelzung aller polnischen Verbände in der Tat zustande kommen soll.

Daß aber die Verschmelzung schon zustande gekommen sei, davon kann absolut keine Rede sein.

Aus Nr. 122 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 30. Mai 1909:

Die polnischen Gesangsvereine

in Oberschlesien sind der Polizei und den preussischen Behörden ein Dorn im Auge. Darum erschweren diese deren Entwicklung, wo sie können, sie unterlassen es sogar nicht, ihre Zuflucht zu Mitteln zu nehmen, die man dreist ein vergebliches Schreckgespenst nennen kann. Im verflossenen Jahre veröffentlichten wir einen Ukas der Oppelner Regierung, der durch die gnädige Fürsprache der Ortspolizei für den Gründer mehrerer Gesangsvereine erwirkt worden ist, heute geben wir eine ähnliche Teufelsverschreibung wieder, die dem gegenwärtigen Dirigenten mehrerer Gesangsvereine, Herrn Poniecki aus Kattowitz, überandt worden ist.

Dieser „väterliche“ Rat und Segen lautet:

**Königliche Regierung,
Abteilung für Kirchen-
und Schulwesen.**

Oppeln, den 12. Mai 1909.

Es ist festgestellt worden, daß Sie an mehreren Orten des obereschlesischen Industriebezirks jugendlichen Personen Musik- und Gesangsunterricht erteilt haben, ohne die hierzu erforderliche behördliche Genehmigung zu besitzen.

Wir untersagen Ihnen die Erteilung von Unterricht an jugendliche Personen im Alter bis zu 21 Jahren und drohen Ihnen für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine Geldstrafe von 300 Mark an, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je 12 Mark ein Tag Haft tritt.

gez. Michell.

An
den Musik- und Gesanglehrer
Herrn Leo Poniecki
in Kattowitz.

Auch diesmal hat sich, wie wir sehen, die im Ausfindigmachen sogar vorsintflutlicher Paragraphen und Unterparagraphen eifrige preussische Behörde keine Mühe gegeben, eine Verordnung anzuführen, um sich auf sie zur Begründung ihrer Behauptung und ihres Verbots zu berufen. Darum wird auch Herr Poniecki den bloßen Versicherungen zweifellos keinen Glauben schenken und den frommen Wünschen nicht willfahren, sondern sich in dieser Angelegenheit sicherlich an eine weitere Stelle wenden.

Die beste Antwort der Oberschlesier auf diese unverständliche Aufforderung aber wird sein, daß sie den Gesangsvereinen und dem Gesang- und Musikunterricht bei Landsmanns-Lehrern desto zahlreicher und eifriger zufließen werden. Seid dessen eingedenk, Polen, daß Gesang und Musik zu den edelsten Zerstreuungen gehören!

Aus Nr. 120 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 28. Mai 1909:

An die Bücherwarte des Volkslesevereins (Czytelnia Ludowa) in Oberschlesien!

Der traurige und vernachlässigte Zustand der Volksbüchereien in Oberschlesien erfordert eine baldige und gründliche Reform, wenn die jahrelange Arbeit nicht vergeblich sein soll und diese Volksbüchereien dem Ziel entsprechen sollen, welches sie sich gesetzt. Zu dieser Reform führt nur ein einziges erfolgreiches Mittel, und dieses Mittel ist die Ansammlung aller Bücher, die in den Volksbüchereien Oberschlesiens sich befinden, an einer Stelle, an welcher alle Bücher durchgesehen,

sortiert, die abgenützten entfernt und durch neue ersetzt werden und von welcher die so ergänzten Bibliotheken wiederum an ihren Bestimmungsort zurückgehen.

Zu dieser Stelle wurde Kattowitz ausersehen, wo die Herren Dr. Trzebiatowski und Dr. Adamczewski die Erledigung der vorbereitenden Arbeiten übernommen haben. Anfang Juli wird der unterzeichnete Hauptbüchewart nach Kattowitz kommen und persönlich das Reformwerk vollenden.

In anbetracht dessen ersuche und fordere ich die Herren Bücherwarte der Volksbücherei in Oberschlesien auf:

1. Unverzüglich, spätestens aber bis zum 20. Juni dieses Jahres, die ausgeliehenen Bücher ihrer Volksbüchereien einzuziehen;

2. in der Zeit vom 15. bis 30. Juni d. J. alle Bücher ihrer Volksbüchereien nach Kattowitz an den **Augenarzt Dr. Trzebiatowski** in Kattowitz, Ecke Quer- und Direktionsstraße, zu senden.

Bei der Überendung der Bücher bitte ich folgende Fingerzeige zu beachten:

1. Kleinere Sendungen sind nach Kattowitz durch die Post zu überenden.

2. Größere Sendungen sind mittelst Bahn, am besten in einer Holzkiste, zu versenden.

3. Wer die Sendung nicht frankieren will, braucht es nicht zu tun.

4. Eine mit der Adresse versehene Karte für die Postendung und einen ebensolchen Frachtbrief füge ich diesem Aufruf bei.

Die Herren Bücherwarte der Volksbücherei in Oberschlesien bitte ich dringend und angelegentlich, sie möchten sich alle wie ein Mann diesem Aufruf fügen. Möge keiner für diese kleine Mühe eine Ausrede haben. Der Lohn hierfür wird das selige Bewußtsein sein, daß wir jeder einzeln und alle zusammen ein Werk von großer kultureller und sozialer Tragweite vollbracht haben.

Ich hoffe, daß kein Bücherwart der Volksbücherei in Oberschlesien das in ihn gesetzte Vertrauen täuschen wird.

Dr. St. Michalski,

Hauptbüchewart des Volkslesevereins in Posen.

* * *

B i t t e.

Die Reorganisation der Volksbüchereien in Oberschlesien, von welcher in vorstehendem Aufruf die Rede ist, erfordert viel Arbeit und noch mehr Geld. Die Kosten ihrer Durchführung werden sehr bedeutend sein, der Hauptvorstand des Volkslesevereins in Posen aber kann sie mittelst der gewöhnlichen Beiträge nicht decken, denn aus Schlesien sind ihrer im ganzen Jahre 1908 nur 355,50 Mark eingegangen.

Wir richten daher an alle gutwilligen Menschen die heiße und herzliche Bitte, mit einem einmaligen außerordentlichen Geldbeitrag die Sache zu unterstützen, die wir auf uns nehmen.

Da wir die Arbeit sofort aufnehmen, so bitten wir um baldige Spenden.

Zur Annahme von Beiträgen sind berechtigt die Redaktionen derjenigen Blätter, in denen dieser Aufruf veröffentlicht ist, sowie die Herren Dr. Adamczewski und Dr. Trzebiatowski in Kattowitz.

Landsleute in Oberschlesien! Öffnet eure Herzen und Geldbeutel und steuert einen Groschen für die gute Sache bei.

Dr. St. Michalski.

Für die Volksbüchereien wurden bei uns bis jetzt 1,15 Mark hinterlegt.

Weitere Beiträge nehmen wir gern entgegen.
Die Redaktion.

Aus Nr. 123 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 2. Juni 1909:

Die Generalversammlung der Volksbank

in Kattowitz fand im großen Saale der „Reichshalle“ unter gewöhnlicher Beteiligung der Mitglieder statt. Den Vorsitz führte Herr Adalbert Zajonc, das Protokoll nahm Herr Johann Joks auf. Der Vorsitzende las die Umsatzzummen der Bank aus dem Jahre 1908, die Gewinn- und Verlustrechnung und zuletzt die Bilanz vor. Der Umsatz beziffert sich auf fast 7 Millionen Mark. Der Gewinn zur Verfügung der Generalversammlung beträgt 23 629,46 Mark. Die Bilanz weist 3 603 824,23 Mark an Depositen und außer dem genannten Gewinn noch 187 386,98 Mark an Geschäftsanteilen und Reservefonds auf. Die Bank besitzt für mehr als 915 000 Mark Immobilien (Häuser, Grundstücke, eine Dampfziegelei), die sie vorteilhaft zu verkaufen wünscht. Mehrere Mitglieder ergriffen das

Wort und verlangten die Erklärung einiger Zahlen, was der Vorstand (die Herren Szyperski und Dr. Hylla) zur Befriedigung der Mitglieder tat. Auf Antrag des Vorstands wurde der Reingewinn wie folgt verteilt: 7 Prozent Dividende an 59 630 Mk. Geschäftsanteile = 4194 Mk., 3563 Mk. an den Reservefonds, 7820 Mk. an die Spezialreserve, die nach einem ausdrücklichen (schon früher gefassten) Beschluß zur Deckung etwaiger Verluste usw. dient, und 8000 Mark an den besonderen Reservefonds der Dampfziegelei. Die Generalversammlung stimmte der Bilanz, den vorgelegten Rechnungen und einer solchen Verteilung des Gewinns zu und erteilte dem Vorstand sowie dem Aufsichtsrat für das Jahr 1908 Entlastung. In den Aufsichtsrat wurden gewählt der **Geistliche** Pospiech aus Drzegow und Herr Pardygol aus Ratibor. Die Volksbank besteht schon 10 Jahre. Glückauf zur weiteren Arbeit!

Ein Teilnehmer.

Aus Nr. 124 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 3. Juni 1909:

Bilanz per 31. Dezember 1908

nach Maßgabe der Beschlüsse der Generalversammlung vom 23. Mai 1909.

Aktiva.		Passiva.
—	Geschäftsanteile	6 887,20
—	Reservefonds	4 603,71
322,50	Banken	—
11 000,00	Aktien	—
138,41	Barbestand	—
11 490,91		11 490,91

Vom Jahre 1907 auf 1908 sind übergetreten 211 Genossen.

Im Laufe des Jahres 1908 sind aufgenommen worden 8 „

Zusammen 219 Genossen.

Im Laufe des Jahres 1908 sind ausgetreten 6 Genossen,

Gestorben 1 Genosse.

Auf das Jahr 1909 treten also 212 Genossen über.

Die Geschäftsanteile sind um 55,40 Mk. angewachsen. Die Haftsummen der Genossen sind um 280,00 Mk. vermindert. Die Gesamthaftsummen der Genossen betragen 8 140,00 Mk.

Spółka Budowlana G. G. m. b. H. in Kattowitz O/S.

Der Vorstand.

Dr. Mielęcki.

M. Rzepka.

Zajac.

Aus Nr. 63 des Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 29. Mai 1909:

In Ratibor

wurde unter dem Namen Strzecha (Hütte) am 18. Mai d. Js. eine Baugenossenschaft mit beschränkter Haftpflicht eingetragen. Die Genossenschaft hat den Zweck, Immobilien zu erwerben und Häuser auf gemeinsame Rechnung zu bauen. Der Vorstand der neuen Genossenschaft setzt sich zusammen aus den Herren: Cyrill Katakowski, Paul Gajka und August Wyleznych.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 121 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 29. Mai 1909:

Wonach streben wir?

Die gesamte Arbeiterschaft, ja — unsere ganze Gesamtheit erwartete mit Ungeduld die Generalversammlung der Berufsvereinigung, denn allen war bekannt, daß nach der Verschmelzung mit dem Posener Verbands in dieser Generalversammlung die definitive Verschmelzung mit dem „Verbands gegenseitiger Hilfe“ erfolgen sollte.

Die Generalversammlung hat stattgefunden, die erwartete Tatsache ist vollendet, sie wurde im ganzen preußischen Urteile mit Freuden begrüßt.

Wäre es wohl jemandem in den Sinn gekommen, daran zu denken, daß es nach der erfolgten Verschmelzung zu irgend welchen Mißverständnissen kommen könnte? Gewiß nicht! Die Verschmelzung ist in so legaler Weise erfolgt, und zwar unter Berücksichtigung aller Formalitäten, daß niemand darüber im Zweifel sein konnte.

Erst die letzte Nummer des Organs des schlesischen Verbandes störte die Harmonie durch einen falschen Afford.

Unter dem Titel: „Was haben uns unsere Delegierten aus Bochum mitgebracht“ veröffentlichte man in der Wzajemna Pomoc einen mit großem Schwünge geschriebenen Artikel, dessen Verfasser die Tatsache widerlegt, als sei die Verschmelzung der Verbände wirklich erfolgt.

Wohin soll das führen? War denn die Generalversammlung in Bochum eine Versammlung von Kindern? Erachten sich schließlich die 15 Delegierten aus Schlesien ebenfalls als Kinder, die nicht wußten, weshalb sie nach Bochum gefahren sind?

Die ganze Last der Schuld trägt hier die Redaktion des Organs der schlesischen Organisation, die es gestattete, einen solchen Artikel aufzunehmen, der sich eher für irgend ein deutsches oder sozialdemokratisches Blatt geeignet hätte, als für das Organ des Verbandes, der sich polnisch nennt, der nach der Verschmelzung trachtete, die im Einverständnis aller 15 Delegierten aus Schlesien erfolgte.

Daß in der Generalversammlung in Bochum nicht alles nach Wunsch der Schlesier ging, ist erklärlich, manch eine Sache ging auch nicht nach dem Wunsche der Posener, Berliner und Westfalen. Wir müssen uns nun einmal daran gewöhnen, daß man sich da, wo die Mehrheit entscheidet, fügen muß.

Es kann doch unmöglich angenommen werden, daß der „Verband gegenseitiger Hilfe“, oder vielmehr „manche“ seiner Mitglieder mit ihrer Minderheit das umwerfen wollten, was die Mehrheit beschlossen hat.

Wenn wir schließlich alle kleinen Fehler außer acht lassen, dann muß doch Schlesien zugeben, daß es nicht mit leeren Händen davongegangen ist.

Ich war selbst in der Generalversammlung und kann das mit ganzer Offenheit sagen. Schlesien forderte 1 Mitglied des Zentralvorstandes und bekam es (Posen verzichtete darauf), es forderte den dritten Teil des Aufsichtsrats, es bekam ihn (Posen verzichtete, erst später wurde ein Mitglied gewählt), es forderte für die Hauptvorstände seine Mitglieder und bekam sie. Daß es ausnahmsweise im Vorstande der Bauabteilung keinen Schlesier gibt, erklärt sich daraus, daß man einen Berg- oder Hüttenarbeiter da nicht braucht, ebenso wie man keinen Maler oder Maurer im Vorstande der Hütten- oder Bergarbeiter brauchen kann.

Im übrigen ist der ganze Artikel — ich bitte um Verzeihung — so voller Ungereimtheiten, daß sich der Verfasser seiner Veröffentlichung wegen schämen sollte. Wie kann man jetzt nach zwei Monaten dem Vorsitzenden oder dem Vorstande vorwerfen, daß dies und das in der Generalversammlung geändert worden sei, daß dies und das gefehlt habe, daß das Protokoll nicht geführt und nicht verlesen worden sei! Durch derlei Sachen stellt man sich selbst ein Armutzeugnis aus. Haben denn alle Delegierten der „Gegenseitigen Hilfe“ am 28. März geschlafen und haben sie jetzt erst nach zwei Monaten daran gedacht, daß es anders und nicht so sein sollte?

Wer lacht darüber? Wir nicht, denn für uns ist diese Geschichte zu traurig. Aber eure Freunde à la

Mateja werden das tun und noch andere, sie werden Nutzen daraus ziehen.

Ich bin fest überzeugt, daß dort andere Faktoren eine Rolle spielen, doch ich schweige hier darüber, weiß ich doch, daß die Allgemeinheit der Arbeiter in Schlesien mit der Verschmelzung einverstanden ist, daß die Bedingungen der Verschmelzung nicht so schlecht sind, daß sie die Tatsache der Verschmelzung zunichte machen sollten.

Denken wir daran, daß alle Sachen persönlicher, materieller Natur zurücktreten sollten, sie sollten aber um Gottes Willen nicht Anlaß geben zu solchen Dingen, wie sie in dem Artikel zu finden sind.

Zum Schlusse noch einige Berichtigungen hinsichtlich der Vorwürfe. Wer sich an der Generalversammlung nicht beteiligt hat und den Artikel liest, muß den schlimmsten Eindruck gewinnen, und deshalb erkläre ich als Zeuge der Generalversammlung, daß man:

- a) den schlesischen Delegierten ebenso zu reden gestattete wie jedem anderen, niemand schnitt ihnen das Wort ab. Herr Wiczorek sprach sogar außergewöhnlich viel, zu jedem Punkte ergriff er das Wort. Der Vorwurf deckt sich somit nicht mit der Wahrheit.
- b) Nicht wahr ist, daß man den Delegierten irgend ein Unrecht zugefügt hätte.
- c) Die Angelegenheit betreffend die politische Zeitung ist in der Generalversammlung untersucht worden, somit müssen auch die schlesischen Delegierten darüber gut informiert sein.
- d) Schließlich ist nicht wahr, daß die Vereinigung für den Posener Verband irgend welche Fehlbeträge gedeckt hätte. Das vorjährige Defizit deckte der Posener Verband aus eigenen Mitteln und gab noch einige Tausend Mark an die „Vereinigung“ ab. Es ist somit nicht zu befürchten, daß Schlesien für Posen etwas bezahlen sollte.

Das sind nur einige Punkte, die ich aufklären wollte. Mögen die Landsleute in Schlesien an der Verbesserung der verschmolzenen Organisationen arbeiten, denn daß es viele Fehler gibt, daß es an großer Kraft zur Arbeit mangelt, daß es viele Berufene, aber wenige Ausgewählte gibt, das wissen wir alle, und das sollte uns am Herzen liegen, wir sollten darum bemüht sein, daß eine Änderung zum Besseren einträte. Die Sache der Verschmelzung sollten wir, wenn wir uns nicht selbst, wenn wir die Generalversammlung in Bochum und die in Schlesien nicht dem Gespött aussetzen wollen, nicht antasten. Die Tatsache ist zur Tatsache geworden, und wir sollten nur die Worte des römischen Heerführers wiederholen: „alea jacta est“.

M. S o l.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 217 des Slowo Polskie (Lemberg)
vom 11. Mai 1909:

Der letzte Trumpf.

Die deutsche Regierung, vielmehr ihr verantwortlicher Leiter, Fürst v. Bülow, befindet sich in einer zweifelten Lage. Die beweinenwerten Finanzverhältnisse des Staates erheischen durchaus eine grundsätzliche Reform, falls sie nicht in den nächsten Jahren zu einem vollständigen Bankrott führen sollen.

Eine Ausgleichung des Budgets durch Verringerung der Ausgaben ist nicht möglich. Dies könnte nämlich nur durch eine bedeutende Einschränkung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande erfolgen, hiermit aber werden sich die Regierung und die deutsche Nation unter keinen

Umständen einverstanden erklären, obwohl sich die allgemeine politische Lage in letzter Zeit zugunsten Deutschlands geändert hat. Bis Ende März d. J. rüstete Deutschland fieberhaft aus Furcht vor einer durch König Eduard herbeigeführten Koalition in der Überzeugung, daß es in der allernächsten Zeit gezwungen sein werde, seine ganzen Kräfte zum Schutze seiner Staatsstellung, ja sogar seiner politischen Existenz anzustrengen. Jetzt, wo sich herausstellte, daß das dreifache Einvernehmen nicht stark genug ist, um ein einmütiges Vorgehen der ihm angehörenden Staaten gegen Deutschland zu sichern und daß ein Mitglied dieser Föderation sogar zum Schutze seines eigenen Lebensinteresses nicht gewagt hat, zum Schwerte zu greifen, erlangte Deutschland in der äußeren Politik seine frühere Selbstsicherheit wieder, fand gleichzeitig in seinen Erfolgen eine Anregung zur entschiedenen und schleunigen Ausnutzung seines wirklichen und angeblichen Übergewichts und bemüht sich deshalb um so mehr um die Stärkung seiner Kriegsmacht.

Und doch muß in irgend einer Weise den ungeheuren Ausfällen ein Ende gemacht und das Budget ausgeglichen werden, um dem finanziellen und gleichzeitig dem politischen Ruin vorzubeugen. Angesichts der entschiedenen Abneigung gegen die Einschränkung der Ausgaben bleibt nur die Vermehrung der Einnahmen um den ungeheuren Betrag von einer halben Milliarde übrig, dabei die Notwendigkeit der Eröffnung neuer Einnahmequellen für die Einzelstaaten des Reiches, darunter für Preußen allein in Höhe von 200 Millionen, nicht mit eingerechnet.

Deutschland ist ein wohlhabendes Land und man könnte trotz der Verschlechterung der Industrie- und Handelskonjunktur noch Millionen aus der Bevölkerung herauspressen, die zur Ausgleichung des Budgets erforderlich sind. Hiermit sind alle einverstanden und alle erkennen auch die Notwendigkeit und Möglichkeit einer großen Steuervermehrung an. Wenn es sich jedoch um die Verwirklichung der Vorschläge für die Finanzreform handelt, so stellt sich heraus, daß keine Partei denjenigen Bevölkerungsschichten neue Lasten aufbürden möchte, auf welche sie sich stützt, sondern sich Mühe gibt, diese auf die Schultern der Gegner abzuwälzen. Die liberalen Parteien also, welche im allgemeinen die von Handel und Industrie lebende Bevölkerung vertreten, widersetzen sich entschieden der neuen Steuerbelastung dieser Bevölkerung und verlangen, daß die Kapitalisten und die Landwirte, in Form einer höheren Erbschaftssteuer mehr belastet werden. Die konservativen Vertreter dieser Bevölkerungsguppen dagegen wollen jetzt, nachdem sie sich bereits vor den neuen Lasten in Gestalt einer erhöhten Spiritussteuer gerettet, die Durchbringung der Erbschaftssteuer verhindern, sie wollen aber das Budget durch eine Wertzuwachssteuer ausgleichen, also wieder auf Kosten der Stadt- und Industriebevölkerung, weil nur in den Städten und den sich schnell entwickelnden Industriebezirken der Wert der Grundstücke schnell zunimmt. Alle Bemühungen des Fürsten v. Bülow, diese beiden Lager, die er vor zwei Jahren künstlich zu einer Regierungsmehrheit vereinigt hatte, zu einer Verständigung zu bringen und sie zu einer gleichmäßigen Verteilung der neuen Steuerlasten zu bewegen, waren vergebens. Die liberalen Parteien, die aus Furcht vor dem Verlust der teuer erkauften Beteiligung an der Regierung eine Bereitwilligkeit zu großen Zugeständnissen zeigten und bereits einen großen Teil der neuen Steuern auf sich genommen haben, wollen sich zu weiteren Opfern nicht mehr verstehen, die Sieger aber und die auf ihre Macht pochenden Konservativen wollen lieber eine Sprengung der Mehrheit und eine Kanzler- oder Reichstagskrisis herbeiführen, als sich mit der

Erbschaftssteuer einverstanden erklären. Von der bereitwilligen Hilfe des katholischen Zentrums und von dem Verhalten der polnischen Fraktion, die aus grundsätzlichen und nationalen Gründen eine Oppositionspolitik betreibt, Gebrauch machend, bemühen sie sich, durch Drohungen den Kanzler zu zwingen, entweder eine Oppositionsmehrheit zu bilden oder ihre Forderungen anzuerkennen oder zurückzutreten.

In dieser verzweifelten Lage nimmt Fürst v. Bülow, da er die Unmöglichkeit, die liberalen Parteien für die konservativen Projekte zu gewinnen, einzieht, seine Zuflucht zu allerhand Mitteln, um die konservativen Elemente zu Zugeständnissen zu bewegen und nachdem er alle sachlichen Argumente erschöpft, griff er endlich zu dem bis jetzt immer erfolgreichen Nationalmittel. Nachdem er sich anlässlich seines Geburtstages eine Deputation der Stadt Bromberg bestellt hatte, bestieg er das antipolnische Pferdchen, wies auf die Wichtigkeit der Verdeutschung der polnischen Lande hin und gab gleichzeitig der Hoffnung Raum, daß die patriotischen Bürger Brombergs, die doch unabhängig von der Parteischablone sind (es sind dies die Konservativen), zur Beilegung des Finanzelends, bevor dieses für das Ansehen Deutschlands im Auslande und für die innere Macht des Kaiserreichs verderblich werden könnte, beitragen werden.

Kurz nach dieser, natürlich an alle konservativen Anhänger der Germanisierungspolitik gerichteten Aufforderung sollen die Konservativen den Reichskanzler in der Finanzreform auf Grund seiner Verdienste um das Deutschtum in den Ostmarken, auf Grund der patriotischen, antipolnischen Lösungen unterstützen. Derselben Beweisführung bedient sich Fürst v. Bülow in seinem neuen Blatte, der „Neuen Ges. Korrespondenz“, indem er dort feierlich hervorhebt, daß er sich unter keinen Umständen mit einer Finanzreform einverstanden erklären werde, die das Werk der Opposition gegen die Regierung und gegen die Mehrheit der Wähler, und zwar der Opposition des deutschen Bundes der Landwirte, der Zentrumsanhänger und Polen wäre, wobei die 20 polnischen Stimmen den Ausschlag geben würden. Dies würde, abgesehen von dem Grundsatz der Finanzreform, der ganzen Gestaltung der inneren, vom Reichskanzler im Einverständnis mit dem Kaiser befolgten Politik widersprechen.

Auf die antipolnischen Gefühle und germanisatorischen Bestrebungen der konservativen Parteien sich berufend, spielte Fürst v. Bülow seinen letzten Trumpf in dem Spiele um seinen Reichskanzlerposten und um die Finanzreform des Reiches aus. Er macht dies nicht zum ersten Male. So oft er auf seinem Wege schwer zu bewältigenden Hindernissen begegnete, suchte er in der Schürung des Hasses gegen die Polen Rettung, dabei an die Vorteile erinnernd, welche den konservativen Elementen in den polnischen Landesteilen die germanisatorische Regierungspolitik gewährt und dieses Mittel trotz bis jetzt niemals. Ob es sich auch diesmal bewähren wird, ist schwer vorzusagen. Nur das unterliegt keinem Zweifel, daß, falls die Konservativen auch in diesem Falle sich zu Zugeständnissen für den Reichskanzler auf Grund der antipolnischen Politik entschließen sollten, Fürst v. Bülow diese mit der Billigung neuer hafatistischer Projekte würde bezahlen müssen. Hierin liegt für das polnische Volk die Bedeutung des Kampfes um die Finanzreform in Deutschland.

Aus Nr. 258 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 24. Mai 1909:

Rumänien und der Dreibund.

Die Annäherung Rumäniens an den Dreibund ist eine vollendete Tatsache. Der deutsche Kronprinz hat ihr den Weg geebnet, die Reise des österreichischen Thronfolgers, die in diesen Tagen erfolgen wird, wird diese Annäherung bekräftigen. Die bisherige Militärkonvention wird in ein festes politisches Bündnis umgewandelt werden.

Aus Nr. 218 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 1. Mai 1909:

Betrifft die Fortschritte der deutschen Ansiedlung im Königreich Polen.

Der Warschauer Nationalökonom Heinrich Wiercinski über sandte, wie die Zeitschrift Ziemia Lubelska (Lubliner Land) mitteilt, zu Händen des Vorsitzenden der Staatsduma, Chomjakow, eine von ihm herausgegebene Karte deutscher Ansiedlungen im Königreich Polen, mit der Bitte, sie dem Zaren vorzulegen. In Beantwortung dessen richtete dieser Tage der Sekretär der Petersburger Duma zu Händen des Heinrich Wiercinski das nachstehende Schreiben: Nachdem der Vorsitzende der Staatsduma die von Ihnen, geehrter Herr, herausgegebene Karte deutscher Siedelungen im Königreich Polen erhalten, läßt er Ihnen für die Überendung dieser so interessanten Arbeit hiermit bestens danken. Gleichzeitig wurde aus Petersburg an die betreffenden Behörden das telegraphische Ersuchen gerichtet, möglichst bald noch zwei Stück der vorerwähnten Karte anfertigen und diese nach Petersburg übersenden zu lassen.

Aus dieser Tatsache will die Ziemia Lubelska schließen, daß in Petersburg das Interesse für die Fortschritte der deutschen Ansiedlung im Königreich Polen gestiegen sei.

Aus Nr. 232 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 22. Mai 1909:

Aus dem schwarzen Buche der Landschacherer.

(Berichterstatte der Nowa Reforma.)

Posen, den 19. Mai.

Der Verkauf von Kruschewo an die Ansiedlungskommission seitens des Grafen v. Potulicki, über den ich bereits vor vierzehn Tagen berichtete, fördert, trotz des Ableugnens der Ortsblätter, so viel Schmach und Schande an das Tageslicht, daß durchaus notwendig erscheint, einige Einzelheiten zum ewigen Andenken an die Sache hier zu bringen, zumal der Verkäufer ein galizischer Bürger ist und leicht in den Grenzen Galiziens erscheinen kann. Gegenwärtig weilt er mit seiner Beute, die mit dem blutigen Schweisse des polnischen Volkes und mit dem Verluste von 5000 Morgen polnischen Grundes und Bodens bezahlt wurde, unter dem sonnigen Himmel Italiens. Dieser Landschacherer hat in seiner Frechheit und Verlogenheit alle seine Kollegen aus dem „schwarzen Buche“ übertroffen.

Ende März d. J. hatte dieser Herr noch den Mut, sein Ehrenwort zu geben und bei allen Heiligen zu schwören, daß der Käufer tatsächlich Stefan v. Götzendorf-

Grabowski, ein wohlhabender Mann, und der Verwalter ein gewisser Binder, ein Pole, angeblich ein Bruder des Rechtsanwalts und ehemaligen Abgeordneten für Galizien, Binder, sei. Indes stellt sich heraus, daß Binder ein Beamter der Ansiedlungskommission ist, mit welchem v. Potulicki direkt unterhandelte und von dem er auch die ganze Judas summe erhielt. v. Götzendorf-Grabowski hatte er nur auf einige Tage nach Kruschewo eingeladen, woselbst der würdige Kollege als einfacher Figurant auch nur kurze Zeit verweilte.

Als sich jedoch das Gerücht verbreitet hatte, Stephan v. Götzendorf-Grabowski habe Kruschewo erworben, trat die Lemberger Filiale der K. K. Kreditanstalt für Handel und Industrie mit einer Forderung von 270 000 Kronen zur Begleichung von 5 Wechseln auf und beauftragte einen preussischen Gerichtsvollzieher mit der Arrestbelegung eines Teiles des Gutes. Dies wird natürlich nichts nützen, denn seit einigen Monaten ist die Ansiedlungskommission die wirkliche Eigentümerin von Kruschewo, und vor acht Tagen ist die gerichtliche Auflassung erfolgt; v. Götzendorf-Grabowski ist mit seinem Honorar nach Rußland geflüchtet und Binder erklärt, daß er weder in Krakau, noch in Wien einen Bruder, der Rechtsanwalt sei, habe, daß er Beamter der Ansiedlungskommission sei und alle Verträge persönlich mit Potulicki abgeschlossen habe. Um die ganze Größe des Zynismus in dem Verhalten dieses Landschacherers zu verstehen, muß man wissen, daß die sehr reiche Gräfin v. Potulicka-Potulike Kruschewo kaufen wollte; natürlich gab sie weniger zu verdienen.

Dies alles geschah gerade ein Jahr nach Erlaß des Enteignungsgesetzes. Die großpolnischen Gutsbesitzer haben, anstatt sich mit der ganzen Gesellschaft zu vereinigen, um eine neue Niederlage fernzuhalten und eine entsprechende öffentliche Meinung über den Landschacher zu schaffen, zum Teil angefangen, hohe Politik zu betreiben, sich im Kasino abzuwenden und Blitze zu schleudern gegen den Radikalismus der Presse und der Gesamtbevölkerung, der die baldige Aussöhnung mit der preussischen Regierung unmöglich macht. Das sind die Früchte dieser Politik!

Wie übrigens auch die anderen Gesellschaftskreise über die Landschacherer denken, das beweist die Tatsache, daß Dr. J. v. Zychlinski, der zugleich mit dem Grafen v. Bninski (lauter schöne Namen) auf dieselbe Weise Modlischewo an die Ansiedlungskommission verkaufte, durch Vermittelung des Propstes auf seinem zweiten Gute Ehrenpatron (!) des Arbeitervereins wurde und dessen Amtsbruder, Schriftführer und Verbandsleiter der Arbeitervereine, hiergegen nichts einzuwenden hatte.

Aus Nr. 226 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 18. Mai 1909:

Die Grunwaldspende.

Der von unserem Blatte in polnischer Übersetzung gebrachte Artikel Dr. Peter Kosoggers unter der Überschrift: „Zweitausend gleich zwei Millionen“ — unterstützt durch eine Spende von 2000 Kronen eines unbekannten Wohltäters, rief einen mächtigen Eindruck hervor, der im ganzen Lande einen Widerhall fand. Es begannen Sammlungen, es flossen Gaben für die Grenzs chulen. Wenn die Deutschen innerhalb fünf Jahren 2 Millionen für ihren Schulverein aufzubringen beabsichtigen, weshalb sollten wir es da nicht bis vielleicht zu einer Million bringen? Es begann eine lebhaft e Bewegung, um eine Million Kronen für den Kampf um die Grenzs chulen aufzubringen.

Das Slowo Polskie (Lemberg) macht den Vorschlag, diesen Beiträgen oder Sammlungen die Bezeichnung einer „Grunwald-Spende“ zu geben, die wir im nächsten Jahre, als dem fünfhundertsten Jahrestage der Niederlage der Kreuzritter, dem Volksschulverein für die Grenzschulen übergeben würden.

„Das reiche Deutschland“ — schreibt das erwähnte Blatt — „fordert seine Bürger zu Opfern auf; woher sollen wir sie nehmen, wenn nicht von den Bürgern, zumal wir keine Staatsfonds besitzen“. Den deutschen Millionen müssen wir die polnischen Groschen gegenüberstellen. Rosegger glaubt daran, daß er zweitausend Deutsche finden werde, die im Laufe von fünf Jahren zwei Millionen aufbringen werden; und er wird sich sicherlich nicht täuschen. Wir, die wir für den Ostmarkenkampf nichts zurückgelegt haben, wir, die wir in Schlesien bereits gegen Verpfändung der Schulhäuser Darlehen aufnehmen müssen, um die tausende Schulbedürfnisse zu befriedigen, müssen uns in diesem Augenblick — am Vorabend des Jahrestages von Grunwald — sagen: „genug des Aufschiebens!“ Niemand wird die Nation beschützen, nur wir allein, die wir wissen, welche Gefahr ihr droht. An die Gewehre also! Die Kadres des Volksschulvereins stehen bereit da; kommen wir ihm mit der Grunwald-Spende zu Hilfe. Wir wollen unter der Nation ebenfalls zweitausend Bürger finden, die sich verpflichten werden, im Laufe einiger Jahre eine Million Kronen für die Grenzschulen aufzubringen“.

Dem Vorschlage des Slowo Polskie schließen wir uns bereitwilligst an; wir erachten den Gedanken einer Beitragsammlung unter der Bezeichnung einer „Grunwald-Spende“ für sehr zutreffend und entsprechend. Wir zweifeln auch nicht daran, daß die Opfergroschen reichlich fließen werden. . . Im vorliegenden Falle jedoch, wo es sich um größere Beträge handelt, geben wir uns der Hoffnung hin, daß auch die besser gestellten polnischen Bürger mit ihrer patriotischen Spende nicht fargen werden.

Aus Nr. 234 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 24. Mai 1909:

„Die Grunwald-Spende.“

Von Heinrich Sienkiewicz erhielten wir heute das nachstehende Schreiben:

Geehrter Herr Redakteur!

Während meines Aufenthalts in der Schweiz habe ich im „Glos Warzawski“ gelesen, daß sich die „Nowa Reforma“ sehr warm der Aufbringung einer Million Kronen für die Grenzschulen annimmt, ich wende mich deshalb an Ihre Redaktion mit folgender Erklärung:

In Erwägung, daß nicht der Kampf mit Kanonen und Bajonetten, sondern in den Schulen der edelste und einzige ist, den unsere Nation führen kann, will ich für diesen Zweck tausend Kronen opfern und zwar in der Weise, daß ich während der fünf zur Aufbringung der Million bestimmten Jahre durch Ihre Vermittelung bei der Kraukauer Sparkasse jährlich zweihundert Kronen auf Rechnung des Komitees, das sich mit der Sammlung von Unterschriften befassen wird, niederlegen werde.

Diese Spende gebe ich jedoch bedingungslos, d. h. ohne Rücksicht darauf, ob diese Million Kronen in der vorerwähnten Zeit zusammen kommt oder nicht.

Ich bin nämlich der Ansicht, daß eine halbe, ja sogar eine Viertelmillion eine große Bedeutung bei der Abwehr der Entnationalisierung unserer künftigen Geschlechter haben kann und daß, falls man nicht zehn Schulen gründen kann, es besser ist, fünf, drei ja sogar eine Schule zu gründen, als gar keine.

Ich gebe mich jedoch der Hoffnung hin, daß sich Unterschriften zu einer Million finden werden und ich bin fest davon überzeugt, daß dieser Betrag mindestens die doppelte Höhe erreichen wird, wenn die größeren in Aussicht gestellten Beträge durch kleinere Beiträge der Patrioten unterstützt werden, denen die Zukunft der Nation am Herzen liegt. In diesem Sinne will ich zur Eröffnung der Rubrik und der kleinen Spenden ebenfalls bei Ihrer Redaktion zehn Kronen niederlegen.

Hochachtungsvoll

Heinrich Sienkiewicz.

Wien, den 22. Mai 1909.

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE

THE CHURCH OF THE FUTURE